

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. ...

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, II. Et. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Gr. Zwingstraße 14. Et. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insätze werden die gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. ...

Nr. 280.

Dresden, Dienstag den 3. Dezember 1912.

23. Jahrg.

Säbelraspelnde Friedensworte.

Die auswärtige Politik vor dem Reichstage.

Die Nachrichten der letzten Tage, der Waffenstillstand im Balkan und die beruhigenden Erklärungen der Regierung, brachten eine Entspannung der internationalen Lage. ...

Der Reichskanzler ging in seiner sehr kurzen Darlegung zum öffentlichen Begehren — auch die Tribünenbesucher in Scharen zugeströmt — von den Verhältnissen aus. ...

Die sehr schwache Weisfallsbekundungen wurden am Ende der Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg vernachlässigt. ...

Die Erklärung des Reichskanzlers wird in Wien freudigste aufgenommen werden. ...

halten wollte — soll etwa in all diesen oder ähnlichen Fällen, sobald Rußland für Serbien eintritt, Deutschland sich in den Krieg reihen lassen? ...

Doch des Reichskanzlers Säbelraspel war milde Musik gegen die Paroleleistungen, zu denen sich der nationalliberal-alledeutsche Parteichef Herr Wassermaun verleitete. ...

Es ist ungeheuerlich zu sehen, wie in einer so ungemein ersten Zeit der nationalliberalen Partei, geradezu als Wortführer aller bürgerlichen Parteien, die auswärtige Politik unseres Landes mißhandelt. ...

Herr Wassermaun glaubte auch über die sozialdemokratischen Friedensdemonstrationen abfällige Bemerkungen machen zu sollen. ...

Militärische Verklavungsgeetze.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 1. November.

Das Wiener Kabinett wird aus der serbischen Campagne auf jeden Fall einen reichen Ertrag nach Hause bringen. ...

In der Zweiten Kammer des Landtages wurde das Bezirksverbandsgesetz mit 88 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Die Beratungen über das Volksschulgesetz sollen heute in der Zweiten Kammer zu Ende geführt werden.

Bethmanns Rede über die auswärtige Politik wird von der ausländischen Presse ohne Aufregung hingenommen.

Auf der Insel Kassi Ke im Norden von Madagaskar wurden durch einen Zyklon große Verheerungen angerichtet.

zu verhindern. Konfiszierte Artikel und Broschüren zu interpellieren, ist das einzige Mittel der Abwehr gegen die Willkür der Konfiskationen, die noch schärfer hemmend wirken als eine präventive Zensur. ...

Unter Drohungen und Beteuerungen der Dringlichkeit wurden drei militärische Vorlagen vor das Abgeordnetenhaus gebracht: Das Gesetz über die Pferdebestellungen, das Gesetz über die Unterstützung der Angehörigen mobilisierter und das Gesetz über die Kriegsdienstleistungen. ...

Noch härter trifft jedoch den Arbeiter eine andere Fessel. Bei Mobilisierung darf die Militärbehörde jede ihr possend dünkende Fabrik- oder Verkehrsanstalt für ihre Zwecke im Gebrauch nehmen. ...

Diese Bindung trifft in gewissen Grenzen auch die Frauen. Denn das Gesetz sagt ausdrücklich: „Andere Angehörige des Personals können im Falle rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses zu weiteren Dienstleistungen im Unternehmen nicht verhalten werden.“ ...

Es handelt sich sonach um die Militarisierung der gesamten männlichen Bevölkerung, es handelt sich aber überdies

vor allem darum, das Streikrecht der Arbeiter im Mobilisierungsfalle aufzuheben. Wohlgerichtet, im Mobilisierungsfalle, nicht im Kriege! Der Mobilisierungsfalle kann auch beliebig herbeigeführt werden. Nichts hindert, geradezu gegen den innern Feind zu mobilisieren und bei einem drohenden Eisenbahnerstreik oder bei einem ausbrechenden allgemeinen Streik die Wohlthaten des Gesetzes bis zum letzten Tropfen auszuschnöpfen — mit Bajonett und Kolben die Arbeiter in die Werkstätte zurückzutreiben. In diesem Sinne spricht sich das gleichzeitige in Ungarn zu verhandelnde Gesetz mit noch erfreulicherer Deutlichkeit aus. Es bedroht im Mobilisierungsfalle diejenigen, welche einen Streik anstiften, um die Kriegsführung zu erschweren mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 8000 Kronen. Die Teilnahme an einem solchen Streik wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren und einer Geldstrafe bis 4000 Kronen belegt. Im übrigen statuiert das Gesetz im Mobilisierungsfalle die Regierung mit einer Ausnahmegehalt aus. Sie darf überall Regierungskommissare einlegen, die im Einvernehmen mit den Militärkommandanten vorgehend alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen haben, die über den gesamten Verwaltungsapparat verfügen, von den Beamten Funktionen beanspruchen dürfen, die außerhalb ihres gewöhnlichen Geschäftskreises liegen. Verschlässe der autonomen Städte und Gemeinden dürfen sie nach Gutdünken umstoßen. Weiterhin wird im Mobilisierungsfalle das Grenzpolizeigebiet wegen Ueberwachung fremder Staatsangehöriger auf den ganzen Staat ausgedehnt. Die Regierung empfängt die Befugnis, Vereins- und Versammlungsfreiheit zu beschränken, sie kann alle Zeitungen und „sonstigen Preßprodukte“ einer Präventivzensur unterwerfen, indem die inländischen Zeitungen drei Stunden vor ihrem Erscheinen der Polizei oder dem Staatsanwalt vorgelegt werden müssen. Das Erscheinen inländischer Zeitungen kann auch vollständig unterdrückt, ausländische Zeitungen und Preßprodukte können konfisziert oder gleichfalls verboten werden. Nichts fehlt in diesem schönen Programme, doch muß bemerkt werden, daß die österreichische Regierung deshalb eine scheinbare Zurückhaltung beobachten konnte, weil ihr ohnedem zuseht, den Ausnahmezustand mit seinen die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkenden Bestimmungen nach ihrem Ermessen jederzeit zu verhängen und weil ihr das objektive Verfahren auch in den gewöhnlichsten Zeitläufen die Möglichkeit bietet, alle „Zeitungen und Preßprodukte“ zu erwürgen, sobald sie ein Lied singen, das ihr nicht behagt.

Soll man nun noch die mühsige Frage aufstellen, ob die beiden Parlamente bereit sein werden, die Ungeheuerlichkeiten der Anordnungen entgegen zu gehen? Die Leute, die im österreichischen Abgeordnetenhaus ihre eigene Meinungsfreiheit verstimmt haben, dürften schwerlich Bedenken tragen, der Bevölkerung Ketten anzulegen. In Budapest aber haben gestern Bajonette der Gendarmen der Opposition den Eingang ins Haus verwehrt. Was drin sitzt, sind Regierungsmameluden, sind mit dem Gelde der Regierung gewählte Leute, deren Abstimmung eine bloße Formalität darstellt.

Deutsches Reich.

Die Wächter der Sitte.

Den hohen Herren der Kirche paßt es ganz und gar nicht, daß so viel über die päpstliche Gewerkschaftsbewertung herumgeflüchtelt wird. Ein treuer Sohn der katholischen Kirche hat schmeichelnd dem zu gehorchen, was die Organe der Kirche, vom Papst bis zum letzten Kaplan, angeordnet haben. Er hat nicht zu drehen und nicht zu denken. So hat der päpstliche Prunk in München zu einem Vertreter des Neuen Münchner Tageblattes gedeutet:

„Der Heilige Vater hat sich über die Arbeiterorganisationen in der encyclica singulari quadam deutlich ausgesprochen und wünscht sehr, daß die deutschen Katholiken die in derselben aufgestellten Normen treu beachten und sich jenen nicht autorisierten Kommentaren sowie jedweder weiteren Polemik enthalten.“

In ähnlicher Weise sprach sich der neue Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, in einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Münster aus. Herr v. Hartmann fragte erst ganz bitterlich darüber, daß man es wage, die Maßregeln seiner Heiligkeit des Papstes einer unehrenblichen Kritik zu unterziehen. Der Papst allein habe von Gott den Auftrag erhalten. „Weide meine Lämmer, weide meine Schafe.“ „Er soll uns zur Weide führen und sonst niemand.“ Dann sprach der Erzbischof über die Gewerkschaftsbewertung.

Vor kurzem, so führte er aus, hat der Heilige Vater in feierlicher Weise sich über die christlichen Gewerkschaften geäußert. Wie er einerseits den konfessionellen Vereinigungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter den Vorschlag gibt und sie auf jede mögliche Weise gefördert wissen will, so hat er andererseits allen katholischen Arbeitern gestattet, den Gewerkschaften beizutreten, wie sie in deutschen Dörfern bestehen. Damit sollte man sich doch nun beruhigen. Wenn jemals (mit erhobenem Stimme) den katholischen Arbeitern aus ihrer Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften eine Gefahr entstehen sollte für ihre Seelenheil, für Glaube und Sitte, dann werden die Bischöfe schon ihre warnende und mahnende Stimme erheben. Sie müssen es aber auf das Entscheidende abklären, darin von anderer Seite Mahnungen und Weisungen anzunehmen. Die Bischöfe und der Papst sind allein die Wächter des Glaubens und der Sitte, und niemand anders.

Daran knüpfte er den dringenden Wunsch, daß der ungeliebte Streit über die christlichen Gewerkschaften nunmehr begraben sein möge. Durch die Ausführungen des Herrn von Hartmann wird bestätigt, daß die deutschen Bischöfe zunächst gegen die christlichen Gewerkschaften nichts tun werden, aber sie werden ihnen auf die Finger blicken. Nur so lange dürfen die katholischen Arbeiter christlich organisiert bleiben, solange keine Gefahr für ihr Seelenheil, für Glaube und Sitte besteht.

Darüber, welche Gefahren für die „Sitte“ für die Mitglieder einer christlichen Gewerkschaft entstehen können, hat sich der hochwürdige Herr nicht ausgelassen, also auch darüber nicht, ob sich die Arbeiter nicht mit der Sitte, wie sie die heilige Mutter Kirche versteht, in Konflikt kommen, wenn sie ohne Rücksicht auf gottgewollte Abhängigkeiten einen Streik gegen ihre Unternehmer wagen. Aber man weiß ja, wie die katholische Kirche in derartigen Dingen denkt. Die Herren Unternehmer brauchen also nicht zu fürchten, daß ihnen die christlichen Gewerkschaften irgendwie unbehagen werden. Die „Wächter der Sitte“ machen dafür sorgen, daß die christlichen

Gewerkschaftler harmlose Lämmer bleiben, die sich von Vertretern ihres Oberhirten ruhig und geduldig weiden lassen.

Heilige Wünsche.

Wir berichteten vor einigen Tagen von der Klage des Pommerischen Generalsekretärs Mittelmann, der sich bitter darüber beschwerte, daß die nationalliberale Gesamtpartei die Agitation für den nationalliberalen Kandidaten im Wahlkreis Greifenberg-Gummin nicht genügend unterstützt habe. Darauf antwortet nun das Organ des bekannten Bornser Vorkönigs, Freiherrn v. Venzl, die süddeutsche nationalliberale Korrespondenz. Wir entnehmen ihren Ausführungen folgendes:

„Man könnte damit die Klagen über Greifenberg-Gummin abschließen, wenn diese Niederlage nicht von weiterer als nur lokaler Bedeutung wäre. Es sind nicht nur die ihrer Aufgabe nicht enttarnen gewachsenen Vertreter „Politiker“, die dort unterlagen, es ist vielmehr ein bestimmtes System, eine für den Wasserbau liberalen Charakteristische, latente „Idee“, welche im alten Normannischen Wahlkreise Schiffbruch erlitt. Die Idee nämlich, nationalliberale Reuland auf Kosten der anderen großen nationalen Partei im Lande mit dem Freisinn und mit sozialdemokratischer Hilfe zu machen, anstatt umgekehrt im Lande mit Konserwativen und Reichspartei in den demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen nationalliberale Eroberungen anzustreben.“

Die süddeutsche nationalliberale Korrespondenz will also den Nationalliberalen günstig gestatten, als Hilfstruppe der Konserwativen zu dienen, aber sie dürfen ein Gotteswillen sich nicht erlauben, den guten Konserwativen Konkurrenz zu machen. Diese Auslassungen sind charakteristisch für die Anschauungen der Herren vom rechten Flügel der nationalliberalen Partei. Ihnen ist die nationalliberale Flagge nur ein Mittel, um Dumme für die ärgste Reaktion einzufangen. Sie nennen sich nur noch nationalliberal, weil in vielen Teilen Deutschlands ihr politischer Geschäftsbetrieb ausschließlich wäre, wenn sie sich offen als das ausgeben würden, was sie in Wirklichkeit sind, als echte und rechte Konserwative.

Das volle Maß.

Die Kreuzzeitung kann noch immer nicht darüber hinweg kommen, daß sich die Sozialdemokratie erlaubt hat, gegen den Herrn v. Weismann ein Mißtrauensvotum zu beantragen. Während schreibt sie:

Es handelt sich für die Oppositionsparteien vielmehr darum, eine Handhabe zu erhalten, um die Autorität der Regierung, insbesondere die des leitenden Staatsmannes zu erschüttern. Durch scharfe Reden ist dieser Zweck schwerlich zu erreichen, da die Angreifer durch Gegenreden gründlich abgelehrt werden können. Kommt aber ein Mißtrauensvotum zur Abstimmung, das von vornherein auf die rund 150 rotaroten Abgeordneten rechnen kann, dann verfehlt das seinen Eindruck auf die Massen um so weniger, als die Presse der vereinten Opposition die Sache gründlich agitatorisch verarbeitete.

Der Aerger der Kreuzzeitung ist begründet. Wer weiß, ob nicht einmal die rechtslosen Menschen, die es wagen, einem deutschen Reichskanzler ein Mißtrauensvotum auszusprechen, im Reichstag die Mehrheit haben. Dann könnte es passieren, daß die Stellung eines Reichskanzlers erschüttert wäre, weil das deutsche Volk nicht mit ihm zufrieden ist, während bisher die deutschen Reichskanzler nur darauf zu achten brauchten, daß sie ihre junkerlich-agrarischen Herren zufrieden stellten. Die Kreuzzeitung wirft dann die Frage auf, was denn das deutsche Volk zu dem Vorgehen der Sozialdemokratie sagen würde.

Das deutsche Volk hat jetzt Gelegenheit gehabt, die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten das „neue Versteck“ handhaben zu sehen. Wir sind davon überzeugt, daß es (mit Ausnahme des von der Sozialdemokratie ausgehenden roten Volksteils) darüber nicht weniger als Freude empfunden wird. Es wird vielmehr nach unserm Dafürhalten den Eindruck empfangen haben, daß das Maß des im Januar gewählten Reichstags zum Ueberlaufen voll ist, und daß mit allen Kräften schon jetzt darauf hingewirkt werden muß, daß so bald wie möglich — und zwar zunächst bei allen künftigen Erziehungswahlen — das rote Signal des Reichstags verschwindet.

Wenn nur nicht der von der Sozialdemokratie aufgeheulte rote Volksteil schon so groß ist, daß verdammt wenig Aussicht vorhanden ist, der heiße Wunsch der Kreuzzeitung werde in Erfüllung gehen.

Politische Reise.

Der Konserwative Reichstagsabgeordnete Graf Westarp hat in einer Berliner Versammlung gesagt:

„Politische Reise kann ein Volk nicht in Wahlversammlungen erlangen, auch nicht dadurch, daß man es mit recht vielen Reden überhäuft, sondern dadurch, daß man ihm seine Pflichten recht klar macht.“

Die Pflicht des Volkes ist es nach agrarisch-junkerlicher Auffassung, den Junkern hohe Getreidepreise zu bezahlen, für reichliche Liebesgaben zu sorgen und das Maul zu halten. Wenn das deutsche Volk alle diese Pflichten ortig und willig erfüllte, würde Herr Graf Westarp zufrieden sein und ihm großmütig das Zeugnis der politischen Reise ausstellen.

Es ist nur schade, daß sich der größte Teil des deutschen Volkes absolut nichts daraus macht, ob es der hochgeborene Herr Graf für politisch reif hält oder nicht.

Der Wahlrechtsraub in Ruß 2.

Die Arbeiterschaft Geras protestierte am Sonntag mittig in fünf von diesen Tausenden besetzten Versammlungen, zu denen auch die Arbeiter dieser Orte des russischen Unterlandes in großer Zahl herbeigekommen waren, gegen den geplanten Wahlrechtsraub. Die Redner enthielten alle sein ausgefallenes Informaten des Entwurfs, der noch das preussische und das sächsische Wahlrecht übertrumpft, und charakterisierten das schamlose Verhalten der bürgerlichen, vor allem der freisinnigen Presse, die den Plan, von dem das Parteiblatt, die Deutsche Arbeiterzeitung, vorzeitig Kenntnis erhielt, bis zur letzten Stunde ablegte. Sie betonten auch, daß das Verhalten des Freisinn in diesem Wahlrechtsraub nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis der Sozialdemokratie zum russischen Freisinn überhaupt bleiben werde, eine Wirkung, die sich schon bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zeigen könne. In allen Versammlungen wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Nach dem Schluß der Versammlungen demonstrierten die Teilnehmer im Innern der Stadt vor dem Rathaus. Die Versammlungen wurden polizeilich nicht überwacht, doch das Militär hielt man in der Reserve bereit.

Am Sonntag nachmittig demonstrierte auch die Arbeiterschaft von Trieses gegen den Wahlrechtsraub.

Jugendgerichte.

Die Regierung hat aus der Strafprozeßreform, die im vorigen Jahre beschlossen ist, die Bestimmungen über das Verfahren gegen

Jugendliche herausgenommen und sie dem Reichstage in Form besonderer Vorlage zugehen lassen. Nach dieser Vorlage werden Straffachen gegen Jugendliche bei den Amtsgerichten besonders getrennt abgehandelt. In Schöffengerichten sind die Hauptfache herauszugreifen, die in der Jugendbeurteilung besondere Erfolge haben. Auch Volksschullehrer, die sonst nicht zu Schöffen berufen werden sollen, dürfen zu Jugendrichtern berufen werden. Gegen Jugendliche soll eine öffentliche Klage dann nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßnahmen einer Bestrafung gleich sind. Wenn letzteres zutrifft dann kann das Gericht auch Verfahren, das gegen einen Jugendlichen schwebt, einstellen. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen einen Jugendlichen von der Strafkammer beantragt ist, sobald eine Voruntersuchung erfolgt ist, muß dem Jugendlichen von Anwalt wegen ein Verteidiger gestellt sein. Für Jugendliche, die keinen Verteidiger haben, soll ein Rechtsanwalt bestellt werden. Von der Verhängung der Untersuchungshaft gegen Jugendliche soll abgesehen werden; für den Fall, daß eine Festnahme notwendig ist, soll die vorläufige Unterbringung eine Erziehungsanstalt erfolgen. Hauptverhandlungen gegen Jugendliche sollen von anderen herart abgehandelt werden, daß eine Mischung mit erwachsenen Angeklagten vermieden wird. Neben hat das Gericht die Befugnis, für die Verhandlung gegen einen Jugendlichen die Öffentlichkeit ganz oder teilweise auszuschließen. Der Entwurf deckt sich mit den Bestimmungen, die bereits in geschlossenen Strafprozeßnovellen enthalten sind, und dürfte nichts abgeändert auch im Reichstage eine Mehrheit finden.

Die Konturrenzklause.

Dem Reichstage ist am Montagabend ein Gesetzesentwurf vorgegangen, der die Konturrenzklause einer Neuregelung unterwirft. § 74 des Handelsgesetzbuchs erhält folgende Fassung:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit schränkt wird, ist nur gültig, wenn sie in schriftlicher Form geschlossen und dem Prinzipal mit dem Abschluß einer demselben Teil unterzeichneten Urkunde, welche die betriebswesentlichen Umstände enthält, ausgedrückt wird.“

In einem § 24a wird dann bestimmt, daß solche Vereinbarungen nur dann verbindlich sind, wenn sich der Prinzipal verpflichtet, die Dauer der Beschränkung eine Entschädigung zu zahlen. Die Entschädigung muß für das erste Jahr mindestens auf ein Viertel, für das zweite Jahr mindestens auf ein Drittel und für das dritte Jahr auf den Betrag der von dem Handlungsgehilfen zuletzt bezogenen demnächstigen Leistungen sich belaufen. Ueber einen Zeitraum von drei Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an darf eine Beschränkung nicht hinausgehen.

Duell-Kauferei. Vor der Strafkammer Straßburg i. W. hat sich am Sonnabend der Sohn des elsass-lothringischen Staatschefs Baron Klaus v. Wollach und der Student Rebe wegen Mißbrauch von tödlichen Waffen zu verantworten. Infolge einer nächtlichen Holzerei in einem Straßburger Café kam es zu einer Fehde. Das Duell verlief wie die meisten: es wurden mit dem Säbel paar Lohbe in der Luft herumgeschlagen; außerdem waren die Hände so angedrückt, daß behaarte gar kein Tropfen Blut fließen konnte, die besetzte Uhr wieder zu reparieren. Auf diesem Grunde beantragte die Verteidiger auch von keinem Zweck mit tödlichen Waffen zu sprechen. Das Urteil lautete für beide Duellisten auf die Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

Das zentralistische nationalliberale Bündnis im rheinisch-sächsischen Industriegebiet funktioniert keineswegs so glänzend, wie man erwarten sollte. So fanden bei der Gemeinderatswahl in Barmen bei Vorhand Sozialdemokraten und Zentrum in 6 Wahlbezirken die Liberalen hatten den Ausschlag zu geben. In der Wahlbezirk Regten wir glänzend; die Liberalen haben das Zentrum im Wahlbezirk Regten verlassen. — In der Gemeinde Reite bei Dortmund haben nationalliberale Führer der Sozialdemokratie sogar ein Bündnis gegen das Zentrum an. Dieses hatte sich mit der Rechten partei gebündelt. Sozialdemokratie und Liberalen siegen in der dritten zweiten Abteilung über Zentrum und Rechten partei. Und auch in ersten Abteilung wurde das Zentrum gesiegen.

Der bekannte Wahlkämpfer Professor R. Siegfried in Berg ist am Montag im Alter von 67 Jahren gestorben. Herr Siegfried war anfangs hauptsächlich auf dem Gebiete des Rechts und Bankwesens schriftstellerisch tätig. Später wandte er sich mehr dem Wahlkämpfer zu. Unter Jugenderbelegung reichlich Material wies er auf die Verdrängung gerade der besten preussischen Teile durch die Wahlkreisverteilung hin. Um es zu leicht gerechtes Wahlrecht zu schaffen, hatte er sich ein Proporzwahlrecht ausgedacht, das einigermassen kompliziert erschien, mit reichhaltigen sachlichen Gründen belegt wurde. Ebenso wie eine gerechtere Wahlkreisverteilung trat er auch damit die Wahl ein möglichst richtiges Bild von der wahren Meinung der Wähler, frühzeitig für amtliche Wahlen im Reich ein. Er war diese Forderung nicht nur in theoretischen Schriften erhoben, sondern viel Mühe und vielen Fleiß daran gewendet, ein möglichst gutes Modell einer Urne herzustellen. Wie wir wissen, hat er wieder seine Modelle dem Reichsamt des Innern eingeschickt, aber ohne erwarteten Erfolg zu erreichen. Wir haben nach immer keine richtigen Urnen. Professor Siegfried hat unter den denkbar ungünstigsten Umständen gearbeitet. Er, der mit Riffen und Statistiken arbeiten war erblindet, war schwerhörig und lebte in dürftigen Verhältnissen.

Ausland.

Frankreich.

Die deutsche Küstungstreitbew.

Paris, 2. Dezember. Bei der heute fortgesetzten Kammerdebatte über das Abriegelungserörterte der Deputierte Naudin den deutschen Militärretat und legte dar, daß Deutschland die effektiven Streitkräfte nicht durch Schaffung neuer Einheiten, sondern durch Vermehrung des Effektivebestandes der bestehenden Einheiten vergrößert habe. Der Redner bekämpfte den Gegenentwurf des Reichstages und empfahl, die Streitmacht Frankreichs auf die gleiche Höhe der Deutschlands zu bringen, die um ein Viertel stärker sei.

Rußland.

Der erste Schritt.

Von unserem Korrespondenten. Die vierte Duma wählte zu ihrem Präsidenten den hessischen Oskobrisen Rodzianko. Dem Wahlen gingen außerordentlich lebhaft Konferenzen zwischen den verschiedenen Parteien und Gruppen voraus, wo nicht nur die Präsidentenfrage, sondern auch allgemeine politische Probleme diskutiert wurden. Ein besonders charakteristisches Merkmal der Konferenzen war die entschiedene Schwermut, die die Duma brüsten nach links durchgemacht haben. Es ist wohl zu erinnern, wie in der dritten Duma die Oskobrisen Partei mit ruhender Konsequenz jede Annäherung an Gruppen und Parteien des linken Flügels vermindert. Diese russischen Nationalliberalen waren nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch die „Rechten“, zu gar die „Progressisten“ waischte „Revolutions“. Die Verführung mit den Wählern während der Wahlbewegung belehrte die Oskobrisen. Aus der Stimmung im Lande

...sie, daß ihr fünfjähriges Wirken in der verflochtenen Arbeit ihnen keine Sympathien eingetragen hat, und auf dieser Überzeugung kamen sie zur Einsicht, daß nun ihre Rettung in einem entschiedenen Frontwechsel nach der „Revolutionäre“ liegt. Sie änderten sofort ihre Richtung und wendeten sich von ihren früheren Verbänden, den „Nationalisten“ und „Rechten“, ab. Diese Bewegung vertrat natürlich den rechten Flügel, der trotz der unvollständigen Mobilisation der Popularen doch keine Majorität erobern konnte. In der Tat, sobald die Parteien eine Orientierung nach links versuchten, schrumpfte die Rechte zur völligen Bedeutungslosigkeit zusammen. Die „Rechte“ verbandelte sich zu einer „linken“, „Rechten“ Partei, die sich zu einer „linken“, „Rechten“ Partei verbandelte. Die Verfrömmung war um so größer, als die „Rechten“ die „Rechten“ an die „Rechten“ ganz unmerklich übergingen wurde sie auch für die linke Seite eine „Rechte“, wenn auch keine unangenehme. Die „Rechten“ ohne Schwanken auf die Annäherungsverläufe der „Rechten“ ein und versprachen, ihre Stimmen dem „Rechten“ Kandidaten zugeben, doch aber unter gewissen Bedingungen. Unter den letzteren muß man besonders die „Rechten“ hervorheben, wonach das zukünftige Präsidium aus „Rechten“ oder weniger aufrichtigen Konstitutionalisten bestehen soll, der zu wählende Vorsitzende in seiner ersten Rede die „Rechten“ und die „Rechten“, das Manifest vom Oktober 1906 zu verwirklichen, erwähnen müsse. Die „Rechten“ wurden angenommen und Rodzianski wurde mit „Rechten“ der „Rechten“, Progressiven und „Rechten“ (die „Rechten“ und die „Rechten“ übten Wahlenthaltung). Die „Rechten“ wurde das Wort gehalten und sprach die „Rechten“ über seine konstitutionellen Überzeugungen, er sagte, daß die Festigung der Grundlagen des „Rechten“ die erste und unauflösbare Aufgabe der „Rechten“ sei. Trotz der überreichen monarchistischen „Rechten“ die linke Seite des Hauses und brachte die „Rechten“ aus „Rechten“. Sie gaben ihren Anwälten in einer wenig „Rechten“ Demonstration kund und versetzten den „Rechten“ „Rechten“ bleibt somit nichts anderes übrig, als in ihrer „Rechten“ Stellung zu verharren und jeden Gedanken an ein „Rechten“ mit den „Rechten“ und extrem „Rechten“ geben. Die wenig politische Charakterfestigkeit die „Rechten“ auch besitzen, so verließen sie doch, daß eine „Rechten“ zu den alten „Rechten“ ihnen den Rest ihres „Rechten“ kosten kann. Der erste Schritt der „Rechten“ ist das somit alle Hoffnungen der „Rechten“ zerstört. Die „Rechten“ eine echt reaktionäre Vertretung haben, die „Rechten“ dazu einen ungeheuren Druck auf „Rechten“ und erzielte gerade eine entgegengesetzte „Rechten“. Wenn das neue Parlament auch weit von einer „Rechten“ fortgeschrittenen Kammer ist, so ist es doch wenigstens „Rechten“ schwarze Gebilde, das seinen Schöpfern als „Rechten“ ruffischen Geistes vordruckte. Für die „Rechten“ ist es ein geringer Trost, aber immerhin eine „Rechten“, daß die „Rechten“ in die Rolle der „Rechten“ gerieten und nun nicht wissen, was sie weiter „Rechten“ sollen, um die unerlässlichen Freiheiten dem „Rechten“ zu erhalten. Eine Auflösung der „Rechten“ wird ihnen gewiß „Rechten“. Alles, was man konnte, hatte man schon bei „Rechten“ Wahlbewegung verjagt. Weitere Mittel zur „Rechten“ und Korruption gibt es nicht und das „Rechten“ für die „Rechten“ nur noch schlimmer werden.

Zum Balkankrieg.

Konstantinopel, 2. Dezember. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes wird für morgen erwartet. Unmittelbar danach sind die Friedensverhandlungen wahrscheinlich auf neuem Fuß zu beginnen. Das Hauptobjekt des Abschlusses des Waffenstillstandes ist durch Meinungsverschiedenheiten über Adrianopel, das und Skutari verurteilt worden.

Paris, 2. Dezember. Wenn auch die angelegte Unterzeichnung des Waffenstillstandes verurteilt worden ist, so ist dies in Paris bestehende Auffassung der Dinge nur ein Vorzeichen. Man war vorgestern einigermassen übereinstimmend, so sehen, daß die Unterzeichnung ohne Diskussion auf Adrianopel verurteilt werden wird, da alle positiven Nachrichten über den Inhalt der Verhandlungen von hierher Seite lauten, so war man in dieser Richtung einig. Man ist deshalb heute nicht übereinstimmend, was hier, daß die Verhandlungen sich doch länger hinzuziehen, bis vor einigen Tagen den Anschein hatte. Man erkennt aber, daß die Unterzeichnung heute wieder in der Presse vorliegenden Stimulanten, daß die Bulgaren wirklich Kriegsgelüste sind, und daß die Verhandlungen vor der schweren Verantwortung einer Wiederholung der Feindseligkeiten zurückbleiben. Man hält es deshalb für möglich, daß der Frieden nicht zustande kommt, und man bemerkt, daß die Unterzeichnung des Abschlusses des Waffenstillstandes.

Die bedrohte albanische Unabhängigkeit.

Konstantinopel, 2. Dezember. Ein griechisches Kanonenboot ist gegen die Unterzeichnung des Waffenstillstandes gegen die Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Die Beschießung war unangenehm. Es gelang dem Kanonenboot nicht, das Kabel zu durchschneiden. Die Beschießung betraf die Beschießung über die Unterzeichnung des Waffenstillstandes als einen Protest gegen die Erklärung der Unabhängigkeit Albanien; sie verhält sich ruhig, obwohl sie die Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Räube um Skutari.

Konstantinopel, 2. Dezember. Die Tribuna schreibt über die Besetzung der Schulen in Durazzo durch die Serben, daß es kein Zweifel von großer Bedeutung sei, jedoch hätte die Möglichkeit bestehen lassen zurückhalten sollen. Italien bleibe fest auf seinem Standpunkt stehen, daß jede Besetzung albanischer Gebiete durch die Verbündeten während des Krieges als eine vorläufige Maßnahme zu betrachten sei. Diese Tatsache indessen ist nicht die endgültige Bestimmung der besetzten Gebiete während des Krieges.

Spannung unter den Verbündeten.

Wer hat Saloniki erobert? — Wer hat Monastir besetzt?
Gegenüber einem bulgarischen Bericht, der den Nachweis liefert, daß die Bulgaren zuerst in Saloniki eingezogen sind, veröffentlicht nach einem Telegramm des Pres-Telegraph aus Athen die griechische Regierung das Ergebnis einer Untersuchung, aus der sich ergebe, daß die griechische Armee mit dem Kronprinzen bereits in Larissa, 12 Kilometer von Saloniki entfernt, gelegen sei, als die Bulgaren noch 50 Kilometer davon entfernt waren. Der Kronprinz sei am 10. November, morgens 5 Uhr, auf Grund vereinbarter Uebergabebedingungen in die Stadt eingezogen.

Auf Grund einer amtlichen Erhebung stellt die griechische Regierung ferner fest, daß bei der Eroberung von Monastir die Rolle der griechischen Truppen geradezu bedeutungsvoll gewesen sei wie die der Serben. Während die Griechen nicht mit ihrer starken Truppenmacht im Süden von Monastir gestanden, dann hätten die Türken leicht nach Süden durchzudringen und das Ende des Krieges stark verzögern können. Das Communiqué ist in erbittem und gereiztem Tone gehalten, der für eine starke Erhaltung der Beziehungen der beiden Staaten spricht.

Rumänische Protestkundgebungen.

Bukarest, 2. Dezember. Gestern fand eine von zehntausend Personen besuchte Versammlung statt, die von der rumänischen Kulturliga und der wozodisch-rumänischen Gesellschaft einberufen worden war. Es wurde eine Resolution angenommen, daß das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht des Balkans nicht durch eine bulgarische Vorherrschaft gestört werden dürfe.

Bukarest, 2. Dezember. Gestern fand eine große Versammlung statt, in der auch Abordnungen aus der Provinz erschienen waren, um gegen die Niedermetzelung von Kulsow Wallachen durch die siegreichen Griechen zu protestieren. Die angenommene Resolution sagt: Die Wallachener verfolgen nicht mehr das Ziel, die Befreiung ihrer Brüder, sondern Vätererobung und Unterjochung anderer Nationen. Daher fordert die Versammlung die rumänische Regierung auf, Rumänens Ehre, Rechte und Macht unangefastet zu erhalten und die Vernichtung des Balkangleichgewichts zu verhindern. Es folgten große Straßenkundgebungen.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.
110. Sitzung vom 3. Dezember, vorm. 10 Uhr.
Tagesordnung:

Vortragsberathung der Beratungen über das Volksschulgesetz.
Die Verhandlungen setzen bei § 48, Zuständigkeit des Schulvorstandes, ein. Nach der Regierungsvorlage geht es zu dem Wirkungsbereich u. a. die Beaufsichtigung des Lehrtätigen und der Aufsicht der Lehrer (Ziffer K). Die Deputation hat dafür folgende Fassung gegeben: Das Recht und die Pflicht der Mitglieder des Schulvorstandes, in den Sitzungen zur Sprache zu bringen, wenn sie an der Ausführung oder dem Wandel eines Lehrers etwas wahrnehmen, was seiner amtlichen Stellung oder dem Wohle der Schule entgegensteht. Ein Antrag Schanz bezieht die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, während ein Antrag Dethner die fröhlige Bestimmung geltend haben will.

Kerner hat die Deputation folgende neue Bestimmung unter Ziffer 4 getroffen: Durch die Ortschulordnung kann bestimmt werden, daß der Unterricht an einigen der letzten Tage jedes Halbjahres öffentlich stattfinden soll. Ein Antrag Schanz erhebt um Abänderung dieser Bestimmung. Endlich liegt noch ein Antrag Dethner vor, § 48, Ziffer 3, Abs. 1 in folgender Fassung anzunehmen: Der Vorsitzende des Schulvorstandes oder ein anderes vom Schulvorstande dazu beauftragtes Mitglied kann, wenn dies im Interesse des äußeren Schulbetriebes nötig ist, die Klassenzimmer, und zwar auch während des Unterrichts, besuchen.

Mitberichterstatler Abg. Lange (Soz.): Es sind drei Faktoren, die ein besonderes Interesse an der Schule haben und haben müssen, das Elternhaus, die Gemeinden und der Staat. Der Staat hat das Recht, den Unterricht, den Lehrplan zu bestimmen und hat sich deshalb auch das Aufsichtrecht über den Unterricht vorbehalten. Der nächste Faktor sind die Gemeinden, die zwei Drittel der Schulkosten aufzubringen haben. Der Schulvorstand soll nun die Vertretung der Gemeinde und des Elternhauses sein. Die Gemeinden und das Elternhaus sollen nun eine Vertretung im Schulvorstand bekommen, um ihren Einfluß auf die Schule geltend machen zu können. Der Schulvorstand hat die Aufgabe, den äußeren Schulbetrieb zu regeln und zu überwachen, ihm steht aber nicht die Aufsicht über den Unterricht zu. Von den 16 Punkten des § 48, in denen die Aufgaben des Schulvorstandes aufgeführt werden, können nur 15 hingenommen, nicht zusammen können wir aber der Bestimmung unter Ziffer K; gibt es doch wohl keine zweite Kategorie von Beamten, deren Verhalten einer besonderen Aufsichtspflicht unterliegt ist. Die Aufsichtspflicht kann aber doch nur von sachverständiger Seite beurteilt werden. Dazu sind der Direktor und der Bezirksinspektoren da. Mit der Bestimmung unter Ziffer K fällt zugleich auch Absatz 3, womit wir aber keineswegs wollen, daß dem vom Schulvorstande beauftragten Mitgliede dadurch der Zutritt ins Klassenzimmer verwehrt werden soll. Das wäre ein unmoralisches Verhältnis, wenn der Vertretung der Schulgemeinde, die die Unterhaltung der Schule, Wahl des Lehrers, Bestimmung usw. obliegt, bei der Ausübung ihrer Pflicht der Zutritt ins Klassenzimmer nicht gestattet sein sollte. Die Aufsichtspflicht, der Unterricht als solcher aber kann dem Schulvorstande nicht unterstellt werden. Zu einer solchen Beurteilung wird dem Schulvorstande meistens die Befähigung abgehen. Es ließe sich die Aufsicht geradezu kaufen, wozu keine Veranlassung vorliegt.

Für die Bestimmung unter Punkt 4 können wir, obgleich der öffentliche Unterricht niemals eine Bedeutung erlangen kann und wird. Dethner erhebt um Annahme des § 48, jedoch mit Ausnahme der Ziffer K und des Absatzes 3.

Ministerialdirektor Dr. Kerschmar hält eine Beaufsichtigung des Lehrers auch bezüglich seines Verhaltens für nötig. Der Schulvorstand sei der Gemeinde gegenüber verantwortlich und da müsse er sich auch überzeugen, ob alles in Ordnung ist.

Abg. Dethner (nack.) vertritt den Antrag Dethner.
Abg. Barth (kons.) wünscht die Beibehaltung der wendischen Schulbücher in den Schulen seines Kreises.
Abg. Koch (fortschr. Volksp.) wendet sich gegen die Beaufsichtigung des Verhaltens der Lehrer durch den Schulvorstand, weil dies einem Hineinprojizieren in das Privatleben der Lehrer gleichkomme. Die Abstimmung ergibt die Annahme des § 48 in der Deputationsfassung und des Antrages Dethner gegen die Stimmen der Konservern. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Bei § 40, Zusammenfassung des Schulvorstandes, beantragt die Deputationsmehrheit die Streichung der Bestimmung, daß der Pfarrer der Kirchengemeinde, zu welcher der Schulort gehört, oder ein von der kirchlichen Oberbehörde zu bestimmender dem Schulvorstande als Mitglied anzugehören hat. Die konservative Minderheit beantragt die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs.

Mitberichterstatler Abg. Lange (Soz.): Der Zusammenfassung des Schulvorstandes nach den Deputationsbestimmungen bitte ich zuzustimmen, nur bei Punkt 1b erlaube ich um Annahme der Regierungsvorlage. Die Deputation ist hier frömmere gewesen, als der Kultusminister selbst. Nach Ziffer 1b sollen der Bürgermeister und der Gemeindevorstand dem Schulvorstande angehören, aber nicht der Pfarrer wegen, sondern weil er die Verhältnisse der Gemeinde am besten überschauen kann, also von Amts wegen. Die Deputation hat aber hinzugefügt: falls er der Religion angehört. Das ist eine

Einschränkung gegenüber der Regierungsvorlage, die durch nichts gerechtfertigt ist. Bezüglich des § 1d bitte ich dem Deputationsantrage zuzustimmen. Wenn der Grundbesitz aufgestellt wird, daß der Pfarrer als geborenes Mitglied des Schulvorstandes anzuerkennen ist, so führt das dazu, daß auf dem Lande der Pfarrer dem Schulvorstande sämtlicher Schulen, die zu seiner Pfarodie zählen, angehören muß. Daß er gewählt werden kann, ist selbstverständlich, und daß er gewählt werden wird, wird auch meist der Fall sein, aber wir können ihm nicht das Recht aufgeben, daß er auf alle Fälle dem Schulvorstande anzugehören hat. Im Jahre 1879 haben die Liberalen ein solches Recht der Pfarrer entschieden bekämpft. Weiter erhebt Dethner um Abänderung der Ziffer 3, wonach auch der Besitzer eines eremten Gutes dem Schulvorstande angehören muß. Die Regierung selbst will, daß dem Schulvorstande die Rechte angehören, die ihre Kinder in die Volksschule schicken. Das wird aber beim Besitzer des eremten Gutes selten der Fall sein. Wenn all die geborenen Mitglieder des Schulvorstandes, der Pfarrer, Gutbesitzer, Gemeindevorstand, Direktor usw., in den Schulvorstand hineinkommen sollen, dann kommen die Eltern überhaupt nicht hinein.

(Die Verhandlungen dauern bei Schluß der Redaktion fort.)

Dresdner Polizeibericht vom 3. Dezember.

Ein deutscher Schäferhund — Rübe — mit schwarzen und braunen Abzeichen, auf den Namen Roland Hören, hat sich seit 1. 12. 12. verlaufen. Der Hund trug einen neuen Weistord und ein neues gelbes Halsband ohne Steuermark. Sachdienliche Mitteilung erbittet die Kriminal-Abteilung.

Zu der Messeraffäre auf dem Theaterplatze wird gemeldet, daß die polizeilichen Ermittlungen Anhaltspunkte für eine Schuld des Mähle nicht ergeben haben. Es steht vielmehr fest, daß die Mörder in selbstmörderischer Absicht sich die Verwundung selbst beigebracht hat.

Ein Betrüger als Zeitungsakquisitor. Ein angeblicher Albert W. Schmitt begehrt in ganz Sachsen dadurch Schwindel, daß er Bestellungen auf die Dresdner Nachrichten gegen sofortige Bezahlung entgegennimmt, wobei er ein Quittungsformular ausfüllt, das den Vorwurf „Dresdner Nachrichten“ trägt. Er ist ca. 38 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hat rötlich-blonden Schnurrbart, trägt dunklen Leberzieher und schwarzen Hosen. Auch führt er meist eine schwarze Kappe bei sich. Charakteristisch ist seine fastige Sprechweise. Es wird gebeten, diese Notiz in den Lokal-Blättern weiterzuerbreiten und die Festnahme des Betrügers im Ermittlungsfalle zu veranlassen.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Str. vom 3. Dezember, mittags 12 Uhr.
Barometer 760. Schön Wetter.
Thermometer + 3 ° R.
Thermometergraph: Min. 0 °, Max. + 5 °.
Hygrometer 73 %.
Wasserstand — 106 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterkarte für den 4. Dezember.
Nordwestwind; wolfig; Temperatur wenig geändert; zeitweise Niederschlag.

Letzte Telegramme.

Das ausländische Echo der Kanzlerrede.

Wien, 3. Dezember. Die hiesigen Blätter begrüßen die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers auf das freudigste. Das Fremdenblatt bemerkt: Der deutsche Reichskanzler hat gestern nicht verabsäumt, in bereiter und einbringlicher Weise so zu sprechen, wie es die Haltung Deutschlands voraussetzen ließ. Seine Rede war eine Manifestation der Friedfertigkeit, und sie wird auch an Stellen, die nicht bereitwillig sind, als solche mit großer Sympathie begrüßt werden. Besonders bei uns hat man mit Genugtuung konstatiert, daß Oesterreich-Ungarn, das ja von den drei Bundesmächten durch die jüngsten Ereignisse auf der Balkanhalbinsel am empfindlichsten und unmittelbarsten berührt wurde, von allem Anfang an sich zu denjenigen Prinzipien bekannt hat, die auch dem deutschen Reichskanzler gestern gebilligt wurden. Die Rede Herrn v. Bethmann-Hollweg wird darum auch gewiß überall dort, wo ernstlichen Friedensgedanken geschuldet wird, mit großer Genugtuung aufgenommen werden. Denn das feste Zusammenhalten der drei Mächte im Dienste einer Politik, die auf Europa Rücksicht nimmt, dabei aber auch die eigenen Interessen nicht vergißt — die einzige gesunde Art der Politik —, ist in den formvollendeten und einflussvollen Ausführungen des deutschen Reichskanzlers mit aller Vollständigkeit Klarheit zutage getreten.

Paris, 3. Dezember. Die gesamte Presse erörtert die gestrige Rede des deutschen Reichskanzlers. Commentaire schreibt: Die Worte des Reichskanzlers sind offenkundig der beste Beweis dafür, daß Deutschland, gleich Frankreich, die friedlichsten Absichten hat. — Der Figaro sagt: Die Erklärungen des Reichskanzlers, daß Deutschland sich entschlossen an die Seite Oesterreichs stellen würde, falls dieses angegriffen werden sollte, scheint in gewissen Kreisen eine ungerechtfertigte Aufregung hervorgerufen zu haben. Bei einem Nachdenken wird man einsehen, daß der Reichskanzler nicht anders sprechen konnte. — Petit Parisien meint, die Rede des Reichskanzlers könnte eine heilsame Aktion für die Balkanstaaten werden. — Commerce schreibt: Die Rede enthält gleichzeitig beruhigende Erklärungen und eine unterhaltene Drohung.

London, 3. Dezember. Die Zeitungen beschäftigen sich ausschließlich mit den gestrigen Reden des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes im Deutschen Reichstage. Die Times schreiben: Beide Reden werden in England gebührend gewürdigt werden. Sie sind von einem eminent friedliebenden Geiste durchdrungen. Der Staatssekretär nimmt auf die Haltung Englands in den gegenwärtigen Fragen mit einem Vertrauen und einer Freundlichkeit Bezug, die hier dollauf erwidert werden. Die beiden Regierungen arbeiten zusammen an der Sache des Friedens, die beide als eine der höchsten Aufgaben ihrer Völker anerkennen. Meritis wird bei den vernünftigen Leuten die hoffnungsvolle Rede des Reichskanzlers Eindruck machen, um so mehr, als er seine Augen der bedrohlichen Launen nicht verschließt. Daily Chronicle schreibt: Man hat die Kanzlerrede im Deutschen Reichstage als die Erklärung einer der sechs Mächte angesehen, in deren Händen das Schicksal Europas liegt, und zwar der Regierung, die die nächsten Schritte auszusprechen hat. Ihr Ton war ganz, wie man ihn wünschen konnte, obwohl hinter ihrer Zurückhaltung ein pessimistisches Element unverkennbar ist.

Verzögerung des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 3. Dezember. Der Waffenstillstand in der Unterzeichnung des Waffenstillstandes erfolgt dadurch, daß Griechenland und Montenegro im letzten Augenblicke die Uebergabe von Janina und Skutari fordern. Die Bulgaren erbatens darauf eine Frist von 48 Stunden, um auf die Allierten einzuwirken, daß sie ihre Forderung aufgeben. Wie man im hiesigen Ministerium des Innern sagt, will die Türkei keine weiteren Zugeständnisse machen, sondern ist entschlossen, falls der Vertrag nicht unterzeichnet wird, sofort energisch vorzugehen. Es ist deshalb sehr fraglich, ob Bulgarien in diesem Falle für sich allein Frieden schließen wird. Nach einem Paragraphen des Waffenstillstandsvertrages können Einwohner der belagerten Städte wegtransportiert werden.

Das heutige Blatt umfasst 14 Seiten.

vor allem darum, das Streikrecht der Arbeiter im Mobilisierungsfalle aufzuheben. Wohlgerichtet, im Mobilisierungsfalle, nicht im Kriege! Der Mobilisierungsfalle kann auch beliebig herbeigeführt werden. Nichts hindert, geradezu gegen den innern Feind zu mobilisieren und bei einem drohenden Eisenbahnerstreik oder bei einem ausbrechenden allgemeinen Streik die Wohltaten des Gesetzes bis zum letzten Tröpfchen auszuschöpfen — mit Bajonett und Kolben die Arbeiter in die Werkstätte zurückzutreiben. In diesem Sinne spricht sich das gleichzeitig in Ungarn zu verhandelnde Gesetz mit noch erfreulicherer Deutlichkeit aus. Es droht im Mobilisierungsfalle diejenigen, welche einen Streik anstiften, um die Kriegsführung zu erschweren mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 8000 Kronen. Die Teilnahme an einem solchen Streik wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren und einer Geldstrafe bis 4000 Kronen belegt. Im übrigen statet das Gesetz im Mobilisierungsfalle die Regierung mit einer Ausnahmebewaltigung aus. Sie darf überall Regierungen-Kommissare einsetzen, die im Einvernehmen mit den Militärkommandanten vorgehend alle Verwaltungsmittel zu treffen haben, die über den gesamten Verwaltungsapparat verfügen, von den Beamten Funktionen beanspruchen dürfen, die außerhalb ihres gewöhnlichen Geschäftskreises liegen. Beschlüsse der autonomen Städte und Gemeinden dürfen sie nach Gutdünken umstoßen. Weiterhin wird im Mobilisierungsfalle das Grenzpolizeigesetz wegen Ueberwachung fremder Staatsangehöriger auf den ganzen Staat ausgedehnt. Die Regierung empfangt die Verträge, Vereins- und Versammlungsfreiheit zu beschränken, sie kann alle Zeitungen und „sonstigen Pressprodukte“ einer Präzensensur unterwerfen, indem die inländischen Zeitungen drei Stunden vor ihrem Erscheinen der Polizei oder dem Staatsanwalt vorgelegt werden müssen. Das Erscheinen inländischer Zeitungen kann auch vollständig unterdrückt, ausländische Zeitungen und Pressprodukte können konfisziert oder gleichfalls verboten werden. Nichts fehlt in diesem schönen Programme, doch muß bemerkt werden, daß die österreichische Regierung deshalb eine scheinbare Zurückhaltung beobachten konnte, weil ihr ohnehin zuseht, den Ausnahmezustand mit seinen die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkenden Bestimmungen nach freiem Ermessen jederzeit zu verhängen und weil ihr das objektive Verfahren auch in den gewöhnlichsten Zeitläufen die Möglichkeit bietet, alle Zeitungen und Pressprodukte zu erzwingen, sobald sie ein Lied singen, das ihr nicht behagt.

Soll man nun noch die mühsige Frage aufstellen, ob die beiden Parlamente bereit sein werden, die Angelegenheiten der Anhebungsgesetze hingehen zu lassen. Die Leute, die im österreichischen Abgeordnetenhaus ihre eigene Meinungs-freiheit verstimmt haben, dürften schwerlich Bedenken tragen, der Bewehrung Ketten anzulegen. In Budapest aber haben gestern Bajonette der Wendarmen der Opposition den Eingang ins Haus verwehrt. Was drin ist, sind Regierungsmameluden, sind mit dem Gelde der Regierung gewählte Leute, deren Abstimmung eine bloße Formalität darstellt.

Deutsches Reich.

Die Wächter der Sitte.

Den hohen Herren der Kirche paßt es ganz und gar nicht, daß so viel über die päpstliche Gewerkschaftspolitik herumschritten wird. Ein treuer Sohn der katholischen Kirche hat schweigend dem zu gehorchen, was die Organe der Kirche, vom Papst bis zum letzten Kaplan, angeordnet haben. Er hat nicht zu drehen und nicht zu denken. So hat der päpstliche Nuntius in München zu einem Vertreter des Neuen Münchner Tageblattes geäußert:

„Der heilige Vater hat sich über die Arbeiterorganisationen in der encyclica singulari quadam deutlich ausgesprochen und wünscht sehr, daß die deutschen Katholiken die in derselben aufgestellten Normen treu beachten und sich jenen nicht autorisierten Kommentaren sowie jedweder weiteren Polemik enthalten.“

In ähnlicher Weise sprach sich der neue Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, in einer Verammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Münster aus. Herr v. Hartmann klagte erst ganz bitterlich darüber, daß man es wage, die Maßregeln seiner Heiligkeit des Papstes einer unehrlichen Kritik zu unterziehen. Der Papst allein habe von Gott den Auftrag erhalten. „Weide meine Lämmer, weide meine Schafe.“ Er soll uns zur Weide führen und sonst niemand.“ Dann sprach der Erzbischof über die Gewerkschaftspolitik.

Vorhergen, so führte er aus, hat der heilige Vater in feierlicher Weise sich über die christlichen Gewerkschaften geäußert. Wie er einerseits den konfessionellen Vereinigungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter den Vorschlag gibt und sie auf jede mögliche Weise gefördert wissen will, so hat er andererseits allen katholischen Arbeitern gestattet, den Gewerkschaften beizutreten, wie sie in deutschen Dörfern bestehen. Damit sollte man sich doch nun beruhigen. Wenn jemals (mit erhebener Stimme) den katholischen Arbeitern aus ihrer Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften eine Gefahr entstehen sollte für ihr Seelenheil, für Glaube und Sitte, dann werden die Bischöfe schon ihre warnende und mahnende Stimme erheben. Sie müssen es aber auf das Entschiedenste ablehnen, darin von anderer Seite die Warnungen und Weisungen anzunehmen. Die Bischöfe und der Papst sind allein die Wächter des Glaubens und der Sitte, und niemand anders.

Daran knüpfte er den dringenden Wunsch, daß der ungeliebte Streit über die christlichen Gewerkschaften nunmehr begradet sein möge. Durch die Ausführungen des Herrn von Hartmann wird bestätigt, daß die deutschen Bischöfe zunächst gegen die christlichen Gewerkschaften nichts tun werden, aber sie werden ihnen auf die Finger passen. Nur so lange dürfen die katholischen Arbeiter christlich organisiert bleiben, solange keine Gefahr für ihr Seelenheil, für Glaube und Sitte besteht.

Darüber, welche Gefahren für die „Sitte“ für die Mitglieder einer christlichen Gewerkschaft entstehen können, hat sich der hochwürdige Herr nicht ausgelassen, also auch darüber nicht, ob sich die Arbeiter nicht mit der Sitte, wie sie die heilige Mutter Kirche versteht, in Konflikt kommen, wenn sie ohne Rücksicht auf gottgewollte Abhängigkeiten einen Streik gegen ihre Unternehmer wagen. Aber man weiß ja, wie die katholische Kirche in derartigen Dingen denkt. Die Herren Unternehmer brauchen also nicht zu fürchten, daß ihnen die christlichen Gewerkschaften irgendwie unbecquem werden. Die „Wächter der Sitte“ werden dafür sorgen, daß die christlichen

Gewerkschaftler harmlose Lämmer bleiben, die sich von Vertretern ihres Oberhirten ruhig und geduldig weiden lassen.

Heilige Wünsche.

Wir berichteten vor einigen Tagen von der Klage des Pommerischen Generalsekretärs Mittelmann, der sich bitter darüber beschwerte, daß die nationalliberale Gesamtpartei die Agitation für den nationalliberalen Kandidaten im Wahlkreis Greifenberg-Gammeln nicht genügend unterstütze. Darauf antwortet nun das Organ des bekannten Wormser Verlegerkönigs, Freiherrn v. Seyd, die süddeutsche nationalliberale Korrespondenz. Wir entnehmen ihren Ausführungen folgendes:

„Man könnte damit die Ästen über Greifenberg-Gammeln schütten, wenn diese Niederlage nicht von weiterer als nur lokaler Bedeutung wäre. Es sind nicht nur die ihrer Aufgabe nicht entzogenen gewachsenen Stämme „Volksblätter“, die dort unterlagen, es ist vielmehr ein bestimmtes System, eine für den Wasserständlichen Liberalismus charakteristische, jastische „Idee“, welche im alten Normannischen Wahlkreise Schiffsbruch erlitt. Die Idee nämlich, nationalliberale Reuland auf Kosten der anderen großen nationalen Partei im Bunde mit dem Freisinn und mit sozialdemokratischer Hilfe zu suchen, anstatt umgekehrt im Bunde mit Konservativen und Rechtspartei in den demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen nationalliberale Eroberungen anzustreben!“

Die süddeutsche nationalliberale Korrespondenz will also den Nationalliberalen gütig gestatten, als Giftstruppe der Konservativen zu dienen, aber sie dürfen um Gotteswillen sich nicht erlauben, den guten Konservativen Konkurrenz zu machen. Diese Auslassungen sind charakteristisch für die Anschauungen der Herren vom rechten Flügel der nationalliberalen Partei. Ihnen ist die nationalliberale Flagge nur ein Mittel, um Dumme für die ärgste Reaktion einzufangen. Sie nennen sich nur noch nationalliberal, weil in vielen Teilen Deutschlands ihr politischer Geschäftsbetrieb ausfallslos wäre, wenn sie sich offen als das ausgeben würden, was sie in Wirklichkeit sind, als echte und rechte Konservative.

Das volle Maß.

Die Kreuzzeitung kann noch immer nicht darüber hinweg kommen, daß sich die Sozialdemokratie erlaubt hat, gegen den Herrn v. Weismann ein Mißtrauensvotum zu beantragen. Während schreibt sie:

Es handelt sich für die Oppositionsparteien vielmehr darum, eine Handhabe zu erhalten, um die Autorität der Regierung, insbesondere die des leitenden Staatsmannes zu erschüttern. Durch scharfe Reden ist dieser Zweck schwerlich zu erreichen, da die Angreifer durch Gegengreden gründlich abgelehrt werden können. Kommt aber ein Mißtrauensvotum zur Abstimmung, das von vornherein auf die rund 150 reformierten Abgeordneten rechnen kann, dann verfehlt das seinen Eindruck auf die Massen um so weniger, als die Presse der vereinten Opposition die Sache gründlich agitatorisch bearbeitet.

Der Ärger der Kreuzzeitung ist begründlich. Wer weiß, ob nicht einmal die rachsüchtigen Menschen, die es wagen, einem deutschen Reichskanzler ein Mißtrauensvotum anzuschütten, im Reichstag die Mehrheit haben. Dann könnte es passieren, daß die Stellung eines Reichskanzlers erschüttert wäre, weil das deutsche Volk nicht mit ihm zufrieden ist, während bisher die deutschen Reichskanzler nur darauf zu achten brauchten, daß sie ihre junkerlich-agrarischen Herren zufrieden stellten. Die Kreuzzeitung wird dann die Frage auf, was denn das deutsche Volk zu dem Vorgehen der Sozialdemokratie sagen würde.

Das deutsche Volk hat jetzt Gelegenheit gehabt, die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten das „neue Werkzeug“ handhaben zu sehen. Wie sind davon überzeugt, daß es (mit Ausnahme des von der Sozialdemokratie ausgehenden roten Volksteils) darüber nichts weniger als Freude empfunden wird. Es wird vielmehr nach wie vor das Gefühl haben, daß der Sozialdemokratie die Hand des Mannes gewähren Reichstags zum Ueberlaufen voll ist, und daß mit allen Kräften schon jetzt darauf hingewirkt werden muß, daß so bald wie möglich — und zwar zunächst bei allen künftigen Ersatzwahlen — das rote und schwarze Signum des Reichstags verschwinde.

Wenn nur nicht der von der Sozialdemokratie aufgegebene rote Volksteil schon so groß ist, daß verdammt wenig Aussicht vorhanden ist, der heilige Wunsch der Kreuzzeitung werde in Erfüllung gehen.

Politische Reife.

Der konservative Reichstagsabgeordnete Graf Westarp hat in einer Berliner Versammlung gesagt:

„Politische Reife kann ein Volk nicht in Wahlversammlungen erlangen, auch nicht dadurch, daß man es mit recht vielen Reden überhäuft, sondern dadurch, daß man ihm seine Pflichten recht klar macht.“

Die Pflicht des Volkes ist es nach agrarisch-junkerlicher Auffassung, den Junkern hohe Getreidepreise zu bezahlen, für reichliche Liebesgaben zu sorgen und das Maul zu halten. Wenn das deutsche Volk alle diese Pflichten artig und willig erfüllt, würde Herr Graf Westarp zufrieden sein und ihm grobherzig das Zeugnis der politischen Reife ausstellen.

Es ist nur schade, daß sich der größte Teil des deutschen Volkes absolut nichts daraus macht, ob es der hochgeborene Herr Graf für politisch reif hält oder nicht.

Der Wahlrechtsraub in Neuchâtel.

Die Arbeiterschaft von Neuchâtel protestierte am Sonntag mittag in fünf von vielen Tausenden besuchten Versammlungen, zu denen auch die Arbeiter vieler Orte des rousillonschen Unterlandes in großer Zahl herbeigekommen waren, gegen den geplanten Wahlrechtsraub. Die Redner enthielten alle sein ausgeglichenes Infomien des Entwurfs, der noch das prerogative und das sächsische Wahlrecht übertrumpft, und charakterisierten das schamlose Verhalten der bürgerlichen, vor allem der freikilligen Presse, die den Plan, von dem das Parteiblatt, die Neuchâtel Tribune, vorzeitig Kenntnis erhielt, bis zur letzten Stunde ablegnete. Sie betonten auch, daß das Verhalten des Freisinn in diesem Wahlrechtskampf nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis der Sozialdemokratie zum deutschen Freisinn überhaupt bleiben werde, eine Wirkung, die sich schon bei den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen zeigen könne. In allen Versammlungen wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Nach dem Schluß der Versammlungen demonstrieren die Teilnehmer im Inneren der Stadt vor dem Rathaus. Die Versammlungen wurden polizeilich nicht überwacht, doch das Militär hielt man in der Reserve bereit.

Am Sonntag nachmittag demonstrieren auch die Arbeiterschaft von Yverdon gegen den Wahlrechtsraub.

Jugendgerichte.

Die Regierung hat aus der Strafprozessreform, die im vorigen Jahre beschlossen ist, die Bestimmungen über das Verfahren gegen

Jugendliche herausgenommen und sie dem Reichstage in Bonn besonderen Vorlage gegeben lassen. Nach dieser Vorlage werden Straffachen gegen Jugendliche bei den Amtsgerichten besonders abgehandelt. Zu Schöpfen sind in der Hauptfache Verfahren heranzuziehen, die in der Jugendberziehung besondere Erfolge haben. Auch Volksschullehrer, die sonst nicht zu Schöpfen berufen sind, dürfen zu Jugendberziehung berufen werden. Gegen Jugendliche soll eine öffentliche Klage dann nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmittel einer Bestrafung vorzuziehen sind. Wenn letzteres zutrifft kann dann das Gericht auch Verfahren, das gegen einen Jugendlichen schwebt, einstellen. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen einen Jugendlichen der Strafkammer beantragt ist, oder sobald eine Voruntersuchung erfolgt ist, muß dem Jugendlichen von Amis wegen ein Verteidiger gestellt werden. Für Jugendliche, die keinen Verteidiger haben, soll ein Rechtsanwalt für die Hauptverhandlung zugezogen werden, und zwar können die auch Kosten gewährt werden. Von der Verhängung der Untersuchungshaft gegen Jugendliche soll abgesehen werden; für den Fall daß eine Festnahme notwendig ist, soll die vorläufige Unterbringung eine Erziehungsanstalt erfolgen. Hauptverhandlungen gegen Jugendliche sollen von anderen herart besonders werden, daß eine rührung mit erwachsenen Angeklagten vermieden wird. Nicht hat das Gericht die Befugnis, für die Verhandlung gegen einen Jugendlichen die Öffentlichkeit ganz oder teilweise auszuschließen.

Der Entwurf deckt sich mit den Bestimmungen, die bereits in geschickten Strafprozessreformen enthalten sind, und dürfte nach etwas abgeändert auch im Reichstage eine Mehrheit finden.

Die Konturrenzklause.

Dem Reichstage ist am Montagabend ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Konturrenzklause einer Neuregelung unterwirft. § 74 des Handelsgesetzbuches erhält folgende Fassung:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Betriehal und dem Leistungsgesellen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit sich verpflichtet wird, ist nur gültig, wenn sie in schriftlicher Form geschlossen und dem Gehilfen bei dem Abschluß einer von dem andern Teil unterzeichneten Urkunde, welche die betriebsvertraglichen Bestimmungen enthält, ausgedrückt wird.“

In einem § 24a wird dann bestimmt, daß solche Vereinbarungen nur dann verbindlich sind, wenn sich der Betriehal verpflichtet, zu Dauer der Beschränkung eine Entschädigung zu zahlen. Die Entschädigung muß für das erste Jahr mindestens auf ein Viertel, für das zweite Jahr mindestens auf ein Drittel und für das dritte Jahr auf den Betrag der von dem Leistungsgesellen zuletzt bezogenen demnächstigen Leistungen sich belaufen. Ueber einen Zeitraum von mehr als Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an darf eine Beschränkung nicht hinausgehen.

Duell-Kauferei.

Vor der Strafkammer Straßburg i. O. hat sich am Sonnabend der Sohn des sächsisch-thüringischen Staatsrats Baron Klaus v. Busch und der Substanz Rede wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen zu verantworten. Infolge einer nichtigen Dohlerie in einem Straßburger Café kam es zu einer Forderung. Das Duell verlief wie die meisten: es wurden mit dem Schwert paar Fehde in der Luft herumgeschlagen; außerdem waren die Klänge so handgelehrt, daß beinahe gar kein Tropfen Blut fließen konnte, die verletzte Seite wieder zu reparieren! Aus diesem Grunde beantragt die Verteidiger auch von keinem Zweikampf mit tödlichen Waffen zu sprechen. Das Urteil lautet für beide Duellisten auf die Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

Das zentralische nationalliberale Bündnis im rheinisch-sächsischen Industriebezirk funktioniert keineswegs so glänzend, wie Schwärzen gekostet hatten. So fanden die der Gemeindefreiwirtschaftlichen Verhöfen bei Dortmund Sozialdemokraten und Zentrum im Wahl, die Liberalen hatten den Ausschlag zu geben. In der Wahlzeit regten wir glänzend; die Liberalen haben das Zentrum im Stich gelassen. — In der Gemeinde Rette bei Dortmund treten nationalliberale Wähler der Sozialdemokratie sogar ein Duell gegen das Zentrum an. Dieses hatte sich mit der Zechenpartei verbündet. Sozialdemokratie und Liberaler legten in der dritten und zweiten Abteilung über Zentrum und Zechenpartei. Und auch in ersten Abteilung wurde das Zentrum gestört.

Der bekannte Wahlkämpfer Professor A. Siegfried in Riedberg ist am Montag im Alter von 67 Jahren gestorben. Herr Siegfried war anfangs hauptsächlich auf dem Gebiete des Pörs und Parteipolitik schriftstellerisch tätig. Später wandte er sich mehr und mehr der Wahlpolitik zu. Unter Jugendberziehung reichlich Material wies er auf die Benachteiligung gerade der besten preussischen Teile durch die Wahlkreisverteilung hin. Um ein möglichst gerechtes Wahlrecht zu schaffen, hatte er sich ein Proporzsystem ausgedacht, das einermassen kompliziert erschien, aber mit reichhaltigen sachlichen Gründen belegt wurde. Ebenso wie eine gerechtere Wahlkreisverteilung trat er auch, damit die Wahl ein möglichst richtiges Bild von der wahren Meinung der Wähler geben, für amtliche Wahlurnen im Reich ein. Er gab diese Forderung nicht nur in theoretischen Schriften erhoben, sondern viel Mühe und vielen Fleiß daran gewandt, ein möglichst gutes Modell einer Urne herzustellen. Wie wir wissen, hat er wiederum seine Modelle dem Reichsamt des Innern eingeschickt, aber ohne erwarteten Erfolg zu erreichen. Wir haben noch immer keine solchen Urnen. Professor Siegfried hat unter den besten Umständen gearbeitet. Er, der mit Rißem und Stäffeln arbeitete war erblindet, war schwerhörig und lebte in ärmlichsten Verhältnissen.

Ausland.

Frankreich.

Die deutsche Rüstungsstreikerei.

Paris, 2. Dezember. Bei der heute fortgesetzten Debatte über das Abbergegesetz erörterte der Deputierte Rühlmann den deutschen Militäretat und legte dar, daß Deutschland die effektiven Streikkräfte nicht durch Schaffung neuer Einheiten, sondern durch Vermehrung des Effektivebestandes der bestehenden Einheiten vergrößert habe. Der Redner bekämpfte den Gegenentwurf und empfahl, die Streikmacht Frankreichs auf die gleiche Höhe der Deutschen zu bringen, die um ein Viertel stärker sei.

Rußland.

Der erste Schritt.

Von unserem Korrespondenten.

rs. Die vierte Duma wählte zu ihrem Präsidenten den hessischen Obersten Kobzianka. Den Wahlen ging außerordentlich lebhafte Konkurrenz zwischen den verschiedenen Parteien und Gruppen voraus, was nicht nur die Präsidentenfrage, sondern auch allgemeine politische Probleme distri wurden. Ein besonders charakteristisches Moment bei den Konferenzen war die entschiedene Schwärzung, die die Duma brachten nach links durchgemacht haben. Es ist wohl erinnerlich, wie in der dritten Duma die ektokratische Partei mit zührender Konsequenz jede Annäherung an Gruppen und Parteien des linken Flügels vermindert. Diese russischen Nationalliberalen waren nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch die „Rebellen“, ja gar die „Progressiven“ wuschichte „Revolutionäre“. Die Verührung mit den Wählern während der Wahlbewegung belehrte die Oktobristen. Aus der Stimmung im Lande

Spannung unter den Verbündeten.

Der hat Saloniki erobert? — Der hat Monastir besetzt? Gegenüber einem bulgarischen Bericht, der den Nachweis liefert, daß die Bulgaren zuerst in Saloniki eingezogen sind...

Rumänische Protestkundgebungen.

Bukarest, 2. Dezember. Gestern fand eine von zehntausend Personen besetzte Versammlung statt, die von der rumänischen Kulturliga und der mazedonisch-rumänischen Gesellschaft einberufen worden war.

Bukarest, 2. Dezember. Gestern fand eine große Versammlung statt, in der auch Abordnungen aus der Provinz erschienen waren, um gegen die Riedermegierung von Kuiso-Ballachen durch die siegreichen Griechen zu protestieren.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

110. Sitzung vom 3. Dezember, vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratungen über das Volksschulgesetz.

Die Verhandlungen setzen bei § 48, Justizartikel des Schulvorstandes, ein. Nach der Regierungsvorlage geht es zu dem Wirkungskreis u. a. die Beaufsichtigung des Verhaltens und der Ausübung der Lehrer (Ziffer K).

Die Beschlüsse der Kommission über das Volksschulgesetz. Die Verhandlungen setzen bei § 48, Justizartikel des Schulvorstandes, ein. Nach der Regierungsvorlage geht es zu dem Wirkungskreis u. a. die Beaufsichtigung des Verhaltens und der Ausübung der Lehrer (Ziffer K).

Zum Balkankrieg.

Konstantinopel, 2. Dezember. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes wird für morgen erwartet. Unmittelbar danach ist die Friedensverhandlung wahrscheinlich auf neutralem Boden.

Die bedrohte albanische Unabhängigkeit.

Solona, 2. Dezember. Ein griechisches Kanonenboot ist angekommen und hat sofort ein Bombardement gegen die Insel für das Unterseeboot eröffnet.

Kämpfe um Skutari.

Skutari, 2. Dezember. Nach Mitteilungen von Reisenden wurde Skutari von albanischen Kanonenbooten besetzt.

Einchränkung gegenüber der Regierungsvorlage, die durch nichts gerechtfertigt ist.

Bezüglich des § 1d bitte ich dem Deputationsantrage anzuschließen. Wenn der Grundbesitz aufgestellt wird, daß der Pfarrer als geborenes Mitglied des Schulvorstandes anzuerkennen ist...

Dresdner Polizeibericht vom 3. Dezember.

Ein deutscher Schäferhund — Rübe — mit schwarzen und braunen Abzeichen, auf dem Namen Roland führend, hat sich seit 1. 12. 12. verlaufen.

Ein Betrüger als Zeitungsalquittent. Finanzgehilf Albert W. Schmitt begibt in ganz Sachsen dadurch Schwindeln, daß er Beschlüssen auf die Dresdner Nachrichten gegen sofortige Bezahlung entgegennimmt...

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Str. vom 3. Dezember, mittags 12 Uhr.

Barometer 700. Schön Wetter. Thermometer + 3° R. Thermometergrad: Min. 0°, Max. + 5°. Hygrometer 73%. Wasserstand — 108 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterkarte für den 4. Dezember.

Kornwetterwind; wolkig; Temperatur wenig geändert; zeitweise Niederschlag.

Letzte Telegramme.

Das ausländische Echo der Kanzlerrede. Wien, 3. Dezember. Die hiesigen Blätter begrüßen die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers auf das freudigste.

Paris, 3. Dezember. Die gesamte Presse erörtert die gestrige Rede des deutschen Reichskanzlers. Ebenemot schreibt: Die Worte des Reichskanzlers sind offensichtlich der beste Beweis dafür, daß Deutschland, gleich Frankreich, die friedlichsten Absichten hat.

London, 3. Dezember. Die Zeitungen beschäftigen sich ausführlich mit den gestrigen Reden des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes im Deutschen Reichstage.

Konstantinopel, 3. Dezember. Der Besuch in der Unterzeichnung des Waffenstillstandes erfolgt dadurch, daß Griechenland und Montenegro im letzten Augenblick die Übergabe von Janina und Skutari fordern.

Berzögerung des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 3. Dezember. Der Besuch in der Unterzeichnung des Waffenstillstandes erfolgt dadurch, daß Griechenland und Montenegro im letzten Augenblick die Übergabe von Janina und Skutari fordern.

Das heutige Blatt umfasst 14 Seiten.

Vertical text on the right edge, possibly from an adjacent page or a specific section, including names like 'Frau', 'Jahre!', and 'Jahr!'.

Sächsische Angelegenheiten.

Um das Bezirksverbandsgesetz.

In der Zweiten Kammer des Landtags wurde am Montag in vierstündiger Sitzung über das Bezirksverbandsgesetz beraten. Es war ein trostloses Beginnen, weil von vornherein so gut wie feststand, daß alles vergeblich sein und die Vorlage unter den Tisch fallen würde.

Die Erste Kammer hat sie bereits rundweg abgelehnt; aber auch in der Zweiten Kammer erstanden ihr in den Konservativen, Nationalliberalen, denen sich auch noch die Freisinnigen, Gegner, die zahlreich genug waren, eine Ablehnung herbeizuführen. Das Schicksal dieses Gesetzes wäre wohl ein völlig anderes gewesen, wenn der unerbitterte Regierungsentwurf vorgelegen hätte.

Damals sollten in der Hauptsache nur die Aufgaben der Bezirksverbände erweitert, insbesondere der Aufwand für die Verwaltung der Mittel blieb unregelt. Die Vertretung in den Bezirksversammlungen sollte nach wie vor aus Vertretern der Wirtschaftlichen und Vertretern der Gemeinden bestehen.

Die ganze Regierungsvorlage war kaum mehr als eine Halb- und die Hälfte eben im wesentlichen alles beim alten. Mit solchen Gesetzen hätten sich sicher auch die Wärrer und die Konservativen in der Zweiten Kammer ausgeföhnt.

Nun hatte aber die Rechtschäftsdeputation an der Vorlage viele Änderungen vorgenommen, die zwar der Vorlage gegenüber noch keine befriedigende Gestaltung gaben, sie aber in mehreren Punkten etwas verbesserten. Das aber war gerade, was den Widerspruch der Reaktion auf der ganzen Linie hervorrief. Vor allem sollte die Bezirksversammlung zum Teil aus Vertretern von Berufskategorien der Gemeinden bestehen.

Die Vertreter der Häufbesteuerten waren zwar noch zugelassen worden, aber auf vier bis fünf reduziert werden, während die Gemeinde ein Drittel stellen sollte; außerdem sollten noch einflussreiche Köpfe je ein Mitglied der Bezirksversammlung die Urwähler zur Handelskammer, die zur Gewerbestammer und die Urwähler zum Landesrat. Schließlich sollten dem Bezirksverband noch angehörenden 5 verpflichtungspflichtige Arbeiter, die von den Weisigern der Oberberufungsämter zu wählen sind.

mügeteilt wurde, ist dem Schlären allgemein vorbehalten worden, sich Verbänden anzuschließen, denen ältere Leute angehören. Nun will sich die Gauleitung an das Ministerium mit der Bitte wenden, diese Bestimmung aufzuheben.

Wir sind sicher, daß die Bitte erhört werden wird, denn der Sächsische Radfahrer-Bund hat doch auch Gnade gefunden. Boga ist denn der Jugendfonds geschaffen, wenn nicht alle bürgerlichen Verbände an die große Krippe dürfen. Und wogu versichert man denn fortwährend, daß man gut national und patriotisch ist, wenn's nichts erdriegen soll. Sicher ist der Deutsche Radfahrer-Bund nur aus Versehen unter das Verbot geraten, und der Schaden wird schon kuriert werden.

Wohnungsmangel.

In Leipzig ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen abermals gesunken und zwar von 2868 am 1. November 1911 auf 2208 am gleichen Tage 1912. Bei 140 829 vorhandenen Wohnungen überhaupt beträgt die Zahl der leerstehenden nur 1,51 Proz. Da 3 Proz. leerstehender Wohnungen als der Normalzustand angesehen wird, ergibt sich, daß der Wohnungsmangel in Leipzig schon ein erheblicher ist. Vor allem ist dabei zu berücksichtigen, daß die leerstehenden Wohnungen in der Regel nur große und größte sind, kleine Wohnungen bei solchem Mangel oder überhaupt kaum zu haben sind.

Gemeindevahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Wägeln, Waldheim und Wärenstein wurden nur bürgerliche Kandidaten gewählt. — In Langburkersdorf hatten unsere Genossen drei Sitze zu verteidigen. Sie behaupteten zwei, einer ging an den bürgerlichen Rischmatsch verloren. — Bei der Gemeindevahl in Sienn wurden unsere Genossen Seiser in der Klasse der Anständigen und Wienhold in der Klasse der Unanständigen gewählt. Das Mandat der Anständigen ist damit zum ersten Male in unsere Hände gefallen, während das Mandat der Unanständigen aufs neue behauptet wurde. — In Lirchendorf (Bezirk Jwitzkau) errangen unsere Genossen beim ersten Versuche einen schönen Erfolg. Zu wählen waren ein Unanständiger und ein Hausbesitzer, und es gelang uns, in beiden Klassen den Sieg davonzutragen. Dieser Erfolg ist ersigelt worden, trotzdem man den Wahltermin auf eine für die Arbeiterkassche höchst ungünstige Zeit verlegte. Der Gemeinderat besteht außer dem Vorstand und dem Gemeindevorsteher nur aus vier Vertretern.

Ein großer Betrugsschwarz.

Der in der Spigenindustrie Blauens spielt, wurde vor dem dortigen Schwurgericht nach dreitägiger Verhandlung zu Gefängnis verurteilt. Die Sache hatte weit über die Grenzen des Vogtlandes hinaus Interesse erregt. Am 28. September 1911 beschloß nämlich der Spigenfabrikant Jakob Kupferstein in Blauen unter der Angabe, er wolle in England bei einem Kunden eine große Lieferung bestellen. Einige Tage danach stellte sich heraus, daß sein Geschäft sehr faul stand. Am gleichen Tage ließ er durch seinen Sohn den Schatzkammer einen Vergleich in der Höhe von 35 Prozent anbieten, der jedoch keine Annahme fand. Vielmehr wurde am 30. September 1911 der Konkurs erklärt, der schließlich ein lächerliches Bild von diesem Geschäft bot. Mitte September, noch vor seinem Durchbruch, hatte der Flüchtling eine Lieferung von 65 000 bis 85 000 M. nach England ausführen lassen. Unzählige festgepackte Kisten und Ballen wurden an diesen Tagen nach London expediert, die Spigen, Wolstoffe und Seide enthielten. Der Betrag für diese Lieferung fand sich aber weder im außergerichtlichen Vergleich vor, noch in den Büchern. Es wäre also ein riesiges Geschäft gewesen, einen Ausgleich zustande zu bringen ohne das obige lächerliche Schicksal. Die Verhandlungen gaben einen sehr interessanten Einblick von den bedeutenden Schwundverlusten. Nicht weniger als 120 697,95 M. sind als Forderungen eingereicht worden, wovon nur 100 000 M. strittig sind. Dem steht eine Summe von 3188,43 M. als Masse gegenüber, die aber jedenfalls durch die verschleierten Kosten noch aufgebraucht werden, so daß die Gläubiger nicht einen Pfennig erhalten, vielmehr dürfte es dazu kommen, daß das Konkursverfahren wegen Mangel an Masse eingestellt werden dürfte. Im Anfang des Monats September hat der alte Kupferstein seine Lieferanten noch fleißig gedrängt, Ware zu schaffen.

Natürlich hatten sich die beiden Angeklagten Oda Kupferstein und deren Sohn Schastel Kupferstein für schuldig erklärt. Alle Schuld weisen sie ihrem Vater zu, in dessen Auftrag sie gehandelt haben wollen. Ein einfaches Vergnügen, jemand verantwortlich zu machen, der sich aus dem Staube gemacht hat. Der Sohn selbst hat seit dem 2. Januar in Unterjochungshaft, davon ein Vierteljahr in England, wogin er sich mit seiner Mutter begab, um angeblich den Vater zu suchen. Die Mutter ist später wieder gegen eine Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Während der Jugendjahre — geloben waren 77 Jungen — mußte allerdings die Staatsanwaltschaft die Betrugsschwarz aus der Anlage lassen, weil die Belastungszeugen in der Hauptsache verweigerten. Es blieb nur bei der Teilnahme am betrügerischen Konkurs. Die beiden Sachverständigen erklärten, daß nach den Büchern der Betriebsstand nach Abzug des festgestellten in der Höhe von 20 000 Mark immerhin noch 75 000 M. betragen müßte. Einer der Herren nennt die Kupfersteins keine Herde der Blauerer Industrie, die unbedingt ausgemerzt werden müßten. Das Urteil lautete bei dem Sohn auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust. Frau Kupferstein wurde freigesprochen. Der Hauptkassche aber genügt noch die goldene Freiheit, kein Mensch weiß, wo er ist. Die Bekleidungsindustrie macht interessante Prozesse durch, und dieser war wohl nicht der letzte seiner Art.

Der konservative Landesverein für Sachsen.

Am Montag den 8. Dezember in Dresden seine Hauptversammlung ab. Landtagsabg. Opy wird die Schulfrage behandeln. Auch der konservative Hauptmacher v. Gehbedrand wird sich auf dieser Tagung einfinden und über die gegenwärtige Lage der konservativen Partei sprechen.

Der Notstandstarif für Futtermittel.

war Gegenstand einer Beratung, die am 20. November im Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Köster stattfand. Es handelte sich um eine Besprechung über die Erfahrungen, die mit dem im Herbst 1911 gegen den Futtermittelmangel eingeführten Notstandstarif gemacht worden sind. An ihr nahmen Vertreter des Finanzministeriums und der Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen, des Landesfiskusrates, der Handels- und Gewerbestammern und der beteiligten Erwerbskreise teil. Was bei der Besprechung herausgekommen ist, darüber wird nichts verraten.

Ein unbediente Kränkung.

Die der Arbeiterradfahrer berichtet, die sächsischen Schul- und Arbeitervereine sind patriotisch und national begeisterten Mitglieder des Deutschen Radfahrer-Bundes zugesagt. Die Beschlüsse auf dem Gauleitag des Bundes 21, der am 10. November in Chemnitz stattfand, vom Vorsitzenden im Geschäftsbericht

erhalten zum Schaden des Dresdner Konsumvereins aus. Er war Mitglied dieses Vereins und entnahm Waren von ihm die in ein Buch eingetragen und in bestimmten Zeitabständen begahlt wurden. Ein zweites, dem Originalbuche ähnliches Buch hatte er angelegt und darin die gekauften Waren mit niedrigeren Preisen eingetragen, so daß bei der Zahlung eine geringere Summe herauskam. Im Originalbuche hatte er dann die Quittung des Verkäufers. Auf diese Weise wurde der Konsumverein um 240 Mark geschädigt. Schließlich kam der Betrug doch heraus. Nun hatte sich er wegen gewöhnlicher Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten. Das Urteil lautet auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Zweite. Verhaftet wurde am Freitag hier der frühere Gemeindevorstand. Er hat größere Unterschlagungen begangen, war nach Stuttgart entflohen, aber wieder nach hier zurückgekehrt.

Schweinitz. Bei der Gemeinderatsergänzungswahl am Montag wurde mit 72 abgegebenen Stimmen Genosse Paul Erbe als unanständiger Vertreter wiedergewählt. Abgegeben wurden insgesamt 89 Stimmen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Von einem Tage der Sächsischen Sekundär-Gebirgsbahn wurde Sonntag mittig die 77jährige Witwe Pleil auf der König-Friedrich-August-Brücke in Rittau überfahren und so schwer an dem Kopfe und den Beinen verletzt, daß die Greisin im Stadtkrankenhaus bald darauf ihren Verletzungen erlag. Die Verunglückte wollte trotz der von dem Lokomotivführer abgegebenen Warnungssignale noch vor dem Passieren des Juges das Gleis überschreiten, wobei sie von der Maschine erfasst und etwa 12 Meter weit geschleift wurde, ehe der Zug zum Stillstand kam. — In vergangener Nacht gegen 12 Uhr drammten zwei auf dem Pfaffenberge bei Döbenstein-Ernstthal gelegene, dem Landwirt Max Deuschner gehörige Scheunen mit vielen Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen nieder. Es liegt 555. willige Brandstiftung vor. Deuschner hat nicht versichert.

Stadt-Chronik.

Eine Universität in Dresden?

Hestig tobte der Streit über die Frage, Artikel über Artikel wurde geschrieben. Umfangreiche Professoren nahmen in mehr oder weniger tiefgründiger Weise Stellung zur Sache, die auf's Tapet kam, weil eine Dresdner Hochschule nach Leipzig verlegt werden soll. Jetzt liegt wieder eine bemerkenswerte ausführlichere Meinungsäußerung vor. Ein Notum zur Dresdner Universitätsfrage, unter diesem Titel hat Prof. Dr. Bücher, Leipzig, eine 42 Seiten starke Professur herausgegeben. Es ist sicher nicht ohne Belang, was dieser bekannte Gelehrte zu dieser Angelegenheit zu sagen hat. Die Professur verrät eine weitreichende Kenntnis des gesamten Universitätswesens in ihrem äußeren und inneren Betriebe, auch die Hinweise auf die geschichtliche Entwicklung sind recht interessant. Herr Bücher sagt im Vorwort, daß er sich zu dieser Meinungsäußerung nicht gedrängt hat, daß er sich der Aufforderung aber auch nicht entziehen wollte. Am Anfang schreibt er sehr treffend:

Nächst man näher nach dem Ursprung dieser Bewegung, so ergibt sich ziemlich übereinstimmend das gleiche Bild. Irrend eine lokale Anregung von unbedeutender Seite bringt sie in Gang. Sie findet ihren stärksten Anhalt fast übereinstimmend an irgend-einer am Orte bestehenden hochschulartigen Anstalt, welche einen starken Expansionsdrang entwickelt, dessen tiefere Gründe hier beiseite bleiben können. Ist aber die Bewegung einmal entzündet, so kommt sie so bald nicht wieder zur Ruhe. Wichtige lokale Einflüsse setzen sich für sie ein. Man berechnet, was man alles schon besitzt, das für die Universität nutzbar gemacht werden kann und findet, daß wenig mehr fehlt. Vielleicht hofft man gar, daß dieses Wenige noch größtenteils auf dem Wege der Stiftung aufgebracht werden könnte.

Allen solchen Projekten sei eine große Anfechtungsfrage eigen. „Die Vielen, die solche Fragen nur nach dem Gefühl oder mit lokalpatriotischer Voreingenommenheit aufzufassen gewohnt sind“, will der Verfasser nicht bekehren. Seine Ausführungen wenden sich besonders gegen eine Schrift, die unter dem Pseudonym Philacademius erschienen ist, und als deren Hinsternmann Professor Bücher wohl nicht mit Unrecht den Dresdner Oberbürgermeister vermutet. Er läßt benennende Kritik an dieser Professur. — Dr. Bücher verneint nicht nur die Bedürfnisfrage, sondern auch die finanzielle Möglichkeit der Existenz der geplanten Universität. Nach ihm unterliegt es keinem Zweifel, daß die im Deutschen Reich bestehenden 21 Universitäten das Bedürfnis überfüllen und daß weniger Anstalten mehr und besseres leisten könnten. Manche Hochschulen leiden an einer ungenügenden Frequenz und können diese nur durch die Ausländer aufrecht erhalten. Unter diesen Umständen bedürfte jedes neu aufstehende Projekt einer Universitätsgründung einer sorgfältigen Prüfung in der Richtung der Bedürfnisfrage. Als auffallend wird es bezeichnet, daß keines der neuen Universitätsprojekte aus akademischen Kreisen stamme. Dr. Bücher zeigt dann, daß von 1784 bis 1818 nicht weniger als 15 deutsche Universitäten aufgehoben worden sind und bezeichnet dies als eine der wohlthätigsten Maßnahmen, die ihre Ursache notwendig in der Katastrophe hatten, daß der Aufwand für viele kleine Universitäten, die nur je einige Tausend Studenten aufweisen konnten, in Widerspruch getreten war mit ihrem Ruhezustand und bei der nötig gewordenen Vergrößerung der Mittel für wichtige Universitätszwecke immer mehr geraten mußte. Gegen den Einwand, daß die Bevölkerung des Reiches sich bedeutend vermehrt habe, die Zahl der Universitäten aber dieselbe geblieben sei, weist Dr. Bücher darauf hin, daß trotz der Bevölkerungsvermehrung viele kleine Gerichtsämter abgezogen worden seien, die Zahl der Beamten sich in keinem deutschen Staate entsprechend der Bevölkerungsvermehrung vermehrt habe usw. „Alle diese Erscheinungen gehen gleichmäßig zurück auf ein großes Gesetz, nach welchem gewisse Anstalten und Einrichtungen wirtschaftlich überhaupt nur im Leben gerufen werden können unter der Voraussetzung einer gewissen Größe der Benutzung, von diesem Punkte relativ aber um so geringere Kosten verursachen, je mehr die Benutzung zunimmt.“ Die Frage, ob die Universitäten von diesem Gesetze allein eine Ausnahme machen sollen, verneint Dr. Bücher nicht nur, sondern meint sogar, daß jenes Gesetz gerade bei den Universitäten sich in potenziertem Maße geltend mache. Dies wird dann zahlenmäßig nachgewiesen. An der Universität sind die ordentlichen Jahresausgaben in den letzten vier Jahrzehnten durchschnittlich gestiegen um 15,8 Prozent in 1870 bis 1890, 31,9 Prozent in 1881 bis 1890, 60,7 Prozent in 1891 bis 1900 und um 62,7 Prozent in 1901 bis 1912. Obwohl in der Periode von 1900 bis 1912 die eigenen Einnahmen der Universitäten sich fast

Vertical text on the left edge of the page, including fragments of advertisements and page numbers.

Vertical text on the right edge of the page, including fragments of advertisements and page numbers.

Soziald. Verein Dresden-Altst.

Freitag den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: **Restaurant Burgkeller**, Südenhof 1
Vortrag des Genossen Fischer: „Die Verwaltung einer Großstadt“.
2. Gruppe: **Restaurant Starke**, Böllnerstraße 35
Vortrag des Genossen Riem: „Streifzüge durch den sächsischen Landtag“.
3. Gruppe: **Adams Restaurant**, Kaufbachstraße 16
Vortrag des Genossen Renger: „Die sozialen Grundlagen der Stillentwicklung“.
4. Gruppe: **Braunschweiger Hof**, Freiburger Platz
Vortrag des Genossen Feuber: „Widersprüche kapitalistischer Produktion“.
5. Gruppe: **Dresdner Volkshaus**, Ritzbergstraße
Vortrag des Genossen Binler: „Handelspolitik und Handelsverträge“.
6. Gruppe: **Restaurant Vormann**, Schnorrstr. 62
Vortrag des Genossen Grösch: „Urohrisitentum“.
7. Gruppe: **Sport-Café**, Pfitzenhauerstraße 77
Vortrag des Genossen Bud: „Die Reichsversicherungs-Ordnung“.
8. Gruppe: **Restaur. Kühnel**, Zwidauer Straße 31
Vortrag des Genossen Egan: „Die Entwicklung des Verkehrswesens“.

Bericht des Vorstandes - Diskussion
Die Versammlungen beginnen um 8 1/2 Uhr.
Nur Mitglieder haben Zutritt.

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Sitzung: Montag u. 8-1 Uhr
und 3-4 Uhr. Beginn 8 1/2 Uhr.
Telefon: Kurt Dauter Nr. 774.

Bezirk Leutewitz-Briesnitz.

Donnerstag den 5. Dezember, abends 9 Uhr, im Gasthof zur Höhe in Leutewitz: **Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: 1. Bericht vom Kreisvorstand. 2. Gemeinderatsberichte. 3. Wahl der Kinderkommission. 4. Allgemeines.
Genossinnen und Genossen! Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht!
Die Bezirksleitung.

Verlag Raden & Comp.

Dresden, Zwingerstraße 12/14

In unserem Verlage erschienen:
Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung
Herausgegeben von **Max Grunwald**

- Heft 1: **Zur Einführung in Marx' Kapital**
Von Max Grunwald Preis 30 Pf.
- Heft 2: **Partei und Gewerkschaft**
in vergleichender Statistik
Von August Mai Preis 30 Pf.
- Heft 3: **Goethe und die Arbeiter**
Von Max Grunwald Preis 30 Pf.
- Heft 4 und 5: **Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland**
Von Wilhelm Schröder Preis 75 Pf.
- Heft 6: **Schiller und die Arbeiter**
Von Konrad Hänisch Preis 30 Pf.

Zur **Biederwecker**: Große Weihnachts- und Neujahrskarten-Anstaltung.
Bringe dieses Jahr ganz hervorragende Neuheiten zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf. — Brombeeren-Künstlerkarten in enormer Auswahl. — Gedichtes-Gedicht der Branche am Platz.
Verlags-Haus Friedrich Knauth
Dresden-A., Rübchenstraße 14.

III. Dresdner Sechs-Tage-Rennen

vom 30. November bis 6. Dezember.

Tag und Nacht geöffnet. * Konzert bis 3 Uhr nachts.
Stand des Rennens am 8. Dezember, früh 6 Uhr: 55. Stunde. 1629 Kilometer 940 M.

Spitzengruppe:

- Lorenz-Saldow
- Stabe-Pawke
- Lawson-Wiley
- Hall-Halstead

Zwei Runden zurück:

- Brüder Carapassi

Eine Runde zurück:

- Röthig-Schmilch
- Rudel-Rosellen
- Techner-Tadewald
- Kudela-Nowak
- v. Natomer-Grossmann

Die Sporthalle ist Tag und Nacht geöffnet. — Während des Rennens werden Främien ausgefahren.

Buchbinder-Verband Musenhalle

Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buchbinderei, Kartonnagen-, Luxuspapier- u. Plakat-Branchen
Morgen Mittwoch den 4. Dezember, abends 8 Uhr

Gr. Versammlung

- im Volkshaus, Nagstraße.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über **Emile Zola als sozialer Dichter**.
Referent: Frau Stadnauer.
 2. **Debatte** s. Verbands-Angelegenheiten.
Kolleginnen und Kollegen! Sorgt dafür, daß nicht nur ihr, sondern auch eure Mitarbeiter pünktlich erscheinen. Nichts (auch Hebergeleit) darf Euch vom Besuch abhalten. Der Vorstand.

Dresdner Volkstheater-Ensemble

Direktion: Ida Sonntag.
Donnerstag den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr
in der **Zentralhalle** am Ritzbergplatz.
— Zur einmaligen Wiederholung!

Im Hinterhaus

Soziales Drama in 4 Akten von Freytag erzielte am
Koten Sonntag im Colosseumtheater sensationellen Erfolg!
Karten a 30 Pf. sind im Bureau des Transportarbeiterverbandes,
Ritzbergstraße 4, zu haben. — Einlaß 7 1/2 Uhr.
Gelehrten Gewerkschaften und Vereinen empfehle das entzückende
Weihnachtsmärchen: **Im Himmel und auf Erden!**
Eigene Dekoration. — Eigene Kostüme und Requisiten!

Varieté Deutscher Kaiser

Strassenbahn-Linie 15 Dresden-N. Leipziger Strasse 112
Heute und folgende Tage 8 Uhr 20 Min.
Große Varieté-Vorstellung
zu mässigen Preisen.

Kontumverein Vorwärts für Dresden und Umg.

Die Auszahlung der Dividende in Neustadt hat am 28. November begonnen; wir bitten die Mitglieder, die Gelder und Bücher an den festgesetzten Tagen abzuholen. Die Reihenfolge der Nummern ist im Geschäftsberichte ersichtlich, eventuell frage man in der Verkaufsstelle nach.
Der Vorstand.



Gelegenheitskäufe

Uhren, Ketten, Ringe, Opf. kaufen Sie zu spotbill. Preisen beim weit bekannten Volks-Uhrmachermeister **R. Hofstein**
11 Marschallstrasse 11.
Bitte die sauberen billigen Preise in meinem Schaufenster zu beachten. Reparaturen gut und billig. Altes Gold wird in Zahlung genommen.

Dauer-Wäsche

läuft man am vortheilhaftesten bei **N. Panno**,
Dresden-N., Radebeuler Str. 2, 11.
Verlangen Sie stets

Akkumulatoren

für Schlafzimmer-Beleuchtung und Spielzeug-Antriebe
von der **Akkumulatoren-Fabrik Oskar Müller**, Dresden-Trachau
Jubiläumstr. 5.

Vorstadt Cotta.

Bestellungen auf die Volkszeitung, Wahren Jakob, freie Stunden, Neue Zeit sowie alle Partei- und Fachliteratur nimmt entgegen **Naumanns Buch- und Papierhandlung**, Grillparzer Straße 13. — Inseraten-Annahme.

Einziges Varieté und Volkstheater des Dresdner Vorortes.
Heute 8.15: **Rene Kruppel**
Marx' Schauspiel-Ensemble aus Steffin
Dezentel Familien-Programm!
Zu hoch hinaus! Volksstück.
Eine tolle Verwechslung. Komödie.
Auch der vorzügliche Folliesentwurf.
Donnerstag vollständig neues Programm

Wildieb

Güterbahnhofstraße 18
Bier- u. Weinstuben.

Indengarten

Königsbrücker Str. 121
Beste Einkehr. Wege nach
Keller- u. Klotzsche u. zurück
Vorzügliche Speisen und Getränke

Klinge Frauen

„Frauentee“. Paket 75 Pf.
Kaffeeprimitiv, Spülkanne
Kessels - Örtel, Lein - Stücken
sowie alle
Frauen - Artikel.
Nur bessere Ware!
R. Freisleben
Postplatz. 11. 111.
Man achte auf Firma.

Schreibstift



Tränkners Mühle

Gärtner Straße 21

Herren-Wäsche

Krawatten, Blaus
läuft man am billigsten
E. Köhler, A.

Sozialdemokratischer Verein Dresden-Altst.

Hierdurch zur Kenntnis, daß unser langjähriges
August Götze, Steinm.
verstorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch mittig 12 1/2 Uhr
dem Kollentiger Friedhof statt. Der Vorstand.

Herr Felix Krause, Glasergeh.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber
und Bruder
nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden am 28. 11. 12
jahre sanft verschieden ist. Dies zeigen schwererfällt an
Dresden-N., Trachenerberger Straße 72, 2.
Die tieftrauernden Eltern nebst Angehörigen
Die Beerdigung findet Donnerstag den 5. Dezember,
mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause nach dem
Friedhof statt.

Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme beim

scheiden meines lieben Brannes, unseres guten Vaters
Bruders **Karl Gustav Müller** spreche ich hiermit
im Namen der Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank
aufrichtigen Dank dem Transportarbeiterverband, seine
beistehenden sowie seinen Freunden und Bekannten für
ehrende Beileid und die reichen Strapanden. Dank
Herrn Krause für seine trostreichen Worte am Sarge.
Die tieftrauernde Witwe **Margarete Müller** zugleich im Namen der Hinterbliebenen

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Max Goch, Dresden-Altstadt.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Reinhold Giesler, Dresden.
Druck und Verlag: **Raden & Comp., Dresden.**

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

Ein wie der Arbeiter
werden den gut
behalten des Deu
auf dem Bau
Spannig stattfan

verdoppelt haben, ist doch der Anteil des Staates an den Gesamtausgaben nicht zurückgegangen, hat vielmehr seit der letzten Finanzperiode eine Steigerung um über eine halbe Million Mark erfahren. Neben den ordentlichen Ausgaben sind auch die außerordentlichen ständig außerordentlich gewachsen und werden in Zukunft noch viel mehr wachsen. Aus einer Statistik über preussische Universitätsverhältnisse ist ersichtlich, daß die Kosten pro Kopf der Studierenden im umgekehrten Verhältnis stehen zu der Zahl der Studierenden an den einzelnen Universitäten. Die Universität Berlin braucht mit ihren 9178 Studierenden im Semester 1910/11 einen Zuschuß pro Kopf der Studierenden von 509 M. Bei den anderen Universitäten geht dann die Besucherzahl herab bis auf 918, der Zuschuß aber steigt ganz regelmäßig bis auf 1483 M. Wenn Preußen nur Universitäten mit der Frequenz der kleinsten Universität Greifswald hätte, müßte es statt 10 Universitäten deren 30 haben, die einen Zuschuß von jährlich 40 Millionen Mark erfordern würden. Dr. Bücher berechnet dann das Anlagekapital der Universität Leipzig zu einem Zeitwerte von 52 Millionen Mark und kommt zu dem Schluß, daß Dresden unmöglich in der Lage ist, eine solche Summe für eine neue Universität aufwenden zu können, und das um so weniger, als die Stadt sich bereits für das geplante Hygienemuseum mit Millionen verpflichtet habe. Ebenso wie Dr. Bücher die Erörterungen über die Finanzfrage in der Broschüre des Philademics als unhaltbar zurückweist, so geschieht dies auch mit den Ausführungen über die Organisationsfrage.

Die Ausführungen Dr. Bücher sind eine ernste Warnung an die Stadt Dresden und an den Staat, sich auf das Projekt einer neuen Universitätsgründung einzulassen. Auch dann, wenn man behauptet, daß sie nicht ganz frei von speziellen Leipziger Sorgen sind. Am Schluß schreibt Dr. Bücher: „Ueberhaupt wird man sich in Dresden abgewöhnen müssen, die Universitätsfrage als eine kommunalpolitische zu betrachten und zu behandeln, die man löst, wie man etwa das Verlangen nach einem zoologischen Garten oder einem neuen Theater befriedigt. Gewiß kann man die Begehrlichkeit von Gastwirten, Fleischern und Zimmervermietern durch fleißige örtliche Agitation bis zur Siedehitze steigern. Das kann aber nicht das Geringste an der Tatsache ändern, daß es sich um eine Landesfrage handelt, über die Regierung und Selbstverwaltung allein zu entscheiden haben, und in eminentem Sinne auch um eine deutsche Frage. Denn unsere Universitäten gehören in allererster Linie dem ganzen deutschen Volke, mögen die Partikularstaaten immerhin zunächst ihre Kosten bestreiten.“

Die Pension des Gemeindevorstandes.

Der frühere Gemeindevorstand von Vöbtau, Kolbabe, klagte gegen die Stadtgemeinde Dresden auf Erhöhung seiner Pension. A. wurde im Jahre 1880 zum Gemeindevorstand von Vöbtau gewählt. 1890 wurde er auf weitere sechs Jahre, jedoch noch vor Ablauf seiner Amtsperiode nicht wiedergewählt. Als er behauptet, sei damals gegen ihn „gestimmt“ worden, namentlich seitens des Gemeinderatsmitgliedes Dr. Quenzel. Darauf führt er seine Nichtwiederwahl zurück. Nun kam es zwischen ihm und dem Gemeinderat zu lebhaften Auseinandersetzungen wegen der Pensionierung. An und für sich fehlten an der zur Pensionierung nach dem Ortsgesetz erforderlichen 18jährigen Dienstzeit noch reichlich 8 Monate, außerdem verlangte A. 50 Prozent seines zuletzt 4500 M. betragenden Einkommens, während der Gemeinderat als Pension ihm nur 33 1/2 Prozent von 4000 M. gewähren wollte. Infolge Vermittlung der Amtshauptmannschaft kam schließlich ein Vergleich zustande, wonach die Gemeinde sich bereit erklärte, ab 1. Januar 1897 eine Pension von 2000 M. zu gewähren, A. aber sofort (am 10. April 1896) sein Amt niederlegen mußte. Im Jahre 1909 haben die städtischen Kollegien eine Erhöhung der von der Stadt zu zahlenden Pensionen beschlossen. Unter Hinweis auf diesen ortstatutarischen Beschluß verlangt auch A., daß man ihm seine Pension erhöhe. In § 15 des Gesetzes über die Einverleibung der Gemeinde Vöbtau sei bestimmt, daß, falls später eine allgemeine Erhöhung der von der Stadt zu zahlenden Pensionen stattfindet, von dieser Erhöhung auch die von der Gemeinde Vöbtau übernommenen Pensionäre getroffen werden sollen. Die Stadtgemeinde Dresden bestreitet, daß die Pensionserhöhung im Jahre 1909 eine allgemeine in dem Sinne gewesen sei, daß sie unterschiedslos alle Pensionäre getroffen hätte. In der Ratssitzung sei vielmehr ausdrücklich bestimmt, daß von der Erhöhung die Pensionen ausgeschlossen sind, die auf Grund besonderer Verträge gewährt wurden. Ein solcher besonderer Vertrag sei aber in dem Abkommen vom Jahre 1896 zu erblicken. Ein Einigenkommen sei im vorliegenden Falle ausgeschlossen wegen der Konsequenzen. Nach einschneidender Belehrung durch das Gericht sah sich A. gezwungen, seine Klage als aussichtslos zurückzugeben.

Jahrgeschwindigkeit der Lastkraftwagen.

In Rücksicht auf die Verkehrshindernisse, insbesondere auch Geräuschbelästigungen, die durch den Verkehr von Lastkraftwagen und deren Anhängewagen ohne Gummibereifung entstehen, wird durch Bekanntmachung der Polizeidirektion verordnet, daß die Vorschriften in § 34 Ziffer 1 der Verkehrsordnung vom 12. September 1911, wonach alle nicht auf Federn gebauten Lastfuhrwerke, desgleichen solche auf Federn gebaute, welche vermöge ihrer Bauart oder Ladung bei schneller Bewegung ein starkes Geräusch verursachen, Schritt zu fahren haben, ohne weiteres auch auf solche Lastkraftfahrzeuge, die selbst oder deren Anhängewagen nicht mit Gummi bereift sind, anzuwenden ist. § 88 der Verkehrsordnung wird dementsprechend dahin ergänzt, daß auch die Vorschrift in § 34 Ziffer 1, 1. Satz für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen Anwendung zu finden hat, so daß es dort heißen muß: „Es finden demnach insbesondere Anwendung die Vorschriften dieser Verkehrsordnung in § 34 Ziffer 1, 1. Satz sowie d, e und f, ferner Ziffer 2 (Schrittfahren).“ Die Uebersetzung des vorgeschriebenen Schrittmahes wird nach § 165 der Verkehrsordnung vom 12. September 1911 mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Die neue Verordnung tritt am 15. Januar 1913 in Kraft.

Seefischschurle.

Um die Zubereitung schmackhafter und billiger Fischkost in weiteren Kreisen bekannt zu machen und dadurch vielen Familien eine bessere Ernährung zu ermöglichen, hatte der Stadtrat im Vorjahre erstmalig unentgeltliche Seefischschurle für Frauen und Mädchen einfacher Stände abhalten lassen. Da sich die Einrichtung sehr gut bewährt hat, beschloß der Rat in seiner letzten Sitzung, diese Seefischschurle auch im

kommenden Winter abhalten zu lassen, und bewilligte hierzu ein Rechnungsgeld von 600 M. zu Lasten des diesjährigen Haushaltes.

Vorsicht vor Händlern.

Man schreibt uns: In Dresden und den Vororten, besonders in den Arbeitervierteln, werden jetzt wieder Zettel verteilt, an deren Spitze groß folgendes zu lesen ist: „Umsonst als Geschenk diese Zither!“ Auch in dem weiteren Teile dieser gelben Prospekte ist nur immer von einem Verschenken der Zithern die Rede. An den folgenden Tagen, nachdem die Zettel verteilt sind, besucht dann ein Reisender die Leute, zeigt die zu „verschenkende“ Zither und bittet um Unterschrift eines Bestellzettels. Erwähnt dabei aber nur „ganz nebenbei“, daß man, um diese Zither zu erhalten, auch drei Serien Noten, 190 Stück, kaufen muß. Nun kommt es oft, ja fast immer vor, daß die Frau allein zu Hause ist, sie hört von dem günstigen Kaufe, denkt ihren Kindern oder ihrem Manne eine Weihnachtsfreude zu machen und unterschreibt. Sie muß jedoch bei der Empfangnahme der Zither zu ihrem Erfraunen wahrnehmen, daß sie sich in eine Ausgabe von 19 M. gestürzt hat, trotzdem die Zither noch nach männlichem Urteile nur einen Wert von 6 M. besitzt.

Dänisches Rindfleisch wird von heute an in den durch Plakate erkennbaren Verkaufsstellen zu folgenden Preisen abgegeben: Rindfleisch 70 Pf., Hamm und Hochrippe 80 Pf., Bratenfleisch 90 Pf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. In der Generalversammlung, die am Donnerstag den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Hinterhaus“, Drama in vier Akten von E. Prengel, zur Aufführung, die Leitung liegt in den Händen der Frau Ida Sonntag-Jacob. Der Kartenerwerb findet im Bureau des Verbandes der Transportarbeiter, Rügenbergstr. 4, statt.

Grundstücksversteigerungen wurden im Bezirke Dresden im Monat November 24 (gegen 31 im Oktober und 29 im September) vorgenommen. Es kamen in Frage 14 Grundstücke in Dresden und 10 im übrigen Bezirke; darunter befanden sich 18 Wohnhäuser mit Zubehör (einschließlich eines Verkehrsabstellens), die Wertmühle in Kemnitz, 1 Baustelle, 1 Feld und 1 Wiese und Garten. Der Hypothekenausfall betrug insgesamt 218 200 M. In einem Falle wurde der Zuschlag ausgefallen, in zwei Fällen (Lautz) das Verfahren aufgehoben, in vier Fällen (darunter das Etablissement Bellemühle) das Verfahren eingestellt.

Vermischte Nachrichten. Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 7 und einem Lastwagen erfolgte gestern abend gegen 6 1/2 Uhr am Freiberger Platz. In dem Motorwagen wurden die Scheiben demoliert und durch die herumschlingenden Glassplitter verschiedene Personen leicht verletzt. Der Lastwagen wurde durch die Gewalt des Stoßes umgeworfen und zerbrochen. Der Ausfahrer fiel unter den Wagen und trug schwere Verletzungen am rechten Bein davon.

Kinderstuhlkommision des 5. Kreises. Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege veranstaltet am 14. und 18. Dezember städtische Abende für Kinder. Eintrittskarten, a 10 Pf., sind bei Frau Jopp, Fürstenstraße 61, 4. Etage, und Frau Wegler, Rügenbergstraße 1a, 4. Etage, zu haben.

Geweregericht.

Gegen den Hotelier Waidhoh klagte die Scholarin Wink wegen 16 M. Trinkgeldforderung. Die Klägerin war ohne Wohnort gegen ihre Eltern und Familienangehörige bei dem Beklagten als Scholarin eingetreten und sollte dort in der Hauptstadt das Kochen erlernen. Sie wurde statt dessen fast ausschließlich als Zimmermädchen benutzt und mußte da die Arbeit machen, die eigentlich für zwei Mädchen bestimmt war. In die Küche des Zimmers reinsteigen sollte die Klägerin allerdings auch mit eingeschlossen werden, und es war daher von vornherein damit gerechnet worden, daß sie Trinkgelder bekommen würde. Diese Trinkgelder mußten abgegeben werden und sollten unter die Mädchen zu gleichen Teilen geteilt werden. Die Klägerin erhielt während ihrer fünfjährigen Tätigkeit etwa 24 M. Trinkgeld, was sie an den Beklagten absetzte. Da sie die ganze Zeit über die einzige in Frage kommende Angestellte war, hätte sie somit die volle Summe zurückerhalten sollen, als ihr Vater das Verhältnis aus zwingenden Gründen löste. Die Frau des Beklagten und dessen Tochter teilten sich aber mit in das Trinkgeld und die Klägerin bekam infolgedessen nur 8 M. Diesen Trinkgeldanspruch begründete sie damit, daß sie auch mit bei der Arbeit geholfen hätte. Die Klägerin ist aber der Meinung, daß eine Hauswirtschafterin und die Ehefrau des Arbeitgebers keinen Anspruch auf Trinkgeld haben. Der Beklagte war zwar das Gericht im Grunde auch das Hauswirtschafterin wollte aber die Trinkgelder unter keinen Umständen herausgeben. Das Gericht fand schließlich einen Ausweg dadurch, daß es die ganze Trinkgeldfrage beiseite schob und der Klägerin 15 M. Monatslohn zubilligte. Da sie bereits 8 M. erhalten hat, muß der Beklagte noch 7 M. zahlen.

Der Bistritter Uhlmann war bei der Firma August Kögel gegen 30 M. Gehalt und 20 M. Monatslohn pro Monat tätig. Mit dem Monatslohn, das nach und nach zu einer Ration ausgereicht wurde, hatte er für Bestritt in der Wein- und Rigarenklasse zu kosten. Während der ganzen Tätigkeit wurde überhaupt keine Bekleidungsanleihe gewährt. Eine Quarreanleihe erfolgte nur einmal am 1. Juni, und da stimmte die Sache. Bei seinem Weggang ergab sich aber ein größeres Wein- und Rigarenbestritt, für das der Bistritter mit seiner Ration von 100 M. haften soll. Damit ist dieser nicht einverstanden und er klagt wegen Herausgabe der Ration. Nach Ansicht des Gerichts kann der Kläger nicht in vollem Umfang für das Bestritt haften, weil er von anderen Angestellten betreut wurde, ohne daß die Bestände hierbei übergeben worden wären. Einer dieser Vertreter der frischen Zeit wurde dem Beklagten ebenfalls bei einem Weinbestritt erfolgreich und bestiegen entlassen. Vergleichsweise läßt sich der Kläger 50 M. von seiner Ration fürgen.

Die Kellnerin Bruden wurde von einem Stellenvermittlungsbureau als Aushilfe zu der Schenklerin Gerlach geschickt. Da sie nicht angenommen wurde, forderte sie 5,15 M. Lohnentschädigung. Die Beklagte behauptet, es wäre bereits vor der Klägerin eine Aushilfe gekommen, sie habe nur eine bestellt. Die Klägerin stellt die Sache aber anders dar. Diese Darstellung wurde von dem Stellenvermittler bestätigt, von der Beklagten aber bestritten. Sie muß die geforderte Entschädigung zahlen.

Von der Firma Restaurant zum Diech am Rauchhaus, S. m. H. S., wurde die Kellnerin Wende ohne Kündigung entlassen, weil sie sich einen Gästebrotchen beschaffen haben soll. Sie bestreitet das und fordert 30,34 M. Lohnentschädigung. Die Verhandlung ergab nun so viel, daß die Klägerin fortgesetzt einen angeblich bereits gebrotenen Gästebrotchen reklamieren und dabei sagte, der Haft würde ungebürlich. Im Urteil heißt sie den Braten für sich bestimmt. Ihr Verhalten gab allerdings Anlaß zu der Annahme, daß sie sich den Braten beschaffen hat. Der Braten muß nach ihrer Behauptung weggenommen sein. Die hierüber vernommenen Zeugen halten das aber für ausgeschlossen. Da die Klägerin tatsächlich die Unwahrheit gesagt hat, muß sie diese Begehrenklagen gegen sich gelten lassen und ihre Klage zurückziehen. Wegen Scherz der Speisewirtin Lehner die Arbeit sofort nieder und fordert 17,33 M. Lohnentschädigung. Der Beklagte gibt die Abgabe zu, jene Ansetzungen gebraucht zu haben. Es hatte sich aber

zwischen beiden ein sehr intimes Verhältnis entwickelt. Mit Waidhoh klagte die Klägerin bergleichsweise mit 800 M. auf den Hoteliers Diensthof und Radsch. Arbeiter-Verein: Robert Buch

Aus der Umgebung.

Coschütz. Am letzten Sonnabend und Sonntag fand die Gemeinderatswahl statt. In der Klasse der Hausbesitzer beteiligten sich unsere Genossen das erste Mal an der Wahl. Die Kandidaten des Hausbesitzervereins und unserer Partei legten Sonderbare Dinge traten hier in Erscheinung. In der letzten Stunde noch eine dritte Gruppe auf den Plan, die einem anonymen Flugblatt wurden der Gemeindevorstand sowie einige Gemeinderatsmitglieder persönlich angegriffen. Zweifellos sollte das Blatt dazu beitragen, die Wirkung unter den Wählern anzurichten, was auch geschah, denn es fielen 17 Wähler auf die Gaukelei herein.

Gewählt wurden die Kandidaten des Hausbesitzervereins mit 44, 65 und 49 Stimmen. Unsere Genossen brachten es auf 24, 22 und 23 Stimmen. Wenn man die eigenartigen Verhältnisse, wie sie bei den Hausbesitzern in Coschütz liegen, betrachtet, kann man mit dem Resultat zufrieden sein.

Sehr gespannt war man auf die Wahl in der ersten Klasse der Unanfähigen. Als Kandidaten hatten sich die Gegner den Schuldirektor Dr. Böhmig erboten. Von 80 eingeschriebenen Wählern wählten 75. Bei der Auszählung ergab sich Stimmengleichheit zwischen Herrn Dr. Böhmig und unserem Genossen Burchard. Ein jeder hatte 37 Stimmen an sich vereinigt. Durch das Los wurde der Herr Schuldirektor gewählt. Dasselbe trug sich bei der Wahl des Ersatzmannes zu. Herr Berger sowie Genosse Wähle erhielten je 36 Stimmen. Auch hier entschied das Los zugunsten des Gegners. Genau wie bei den Hausbesitzern trafen auch hier die annehmen Quertreiber wieder ein. Sie schnitten aber bedeutend schlechter ab. Nur ein Wähler fiel ihnen zum Opfer. All mit dem Zufall haben es die Gegner zu danken, daß sie den Mandat erzielten.

In der dritten Klasse der Unanfähigen wurde Genosse Schönfelder mit 24 gegen 25 Stimmen, die der Militärvereinobmann Arbeiter Nibel erhielt, als Ersatzmann gewählt. Trotz rühriger Agitation unsererseits blieben über 100 Wähler der Urne fern.

Gitterer-Coschütz. Die hiesige Auktionsstelle der Zentral-Arbeiterbibliothek erweist sich einer recht guten Benutzung seitens der organisierten Arbeiterschaft. Um nun den Lesern im weitesten Maße entgegenzukommen, und ein allzulange Warten am Schalter zu vermeiden sowie dem Bibliothekselbst eine nachgemäße Verabreichung der Leser zu ermöglichen, ist die Bibliothek von jetzt an auch freitags, abends von 6 1/2—8 Uhr geöffnet. Die Genossen und Genossinnen, die sich Bücher durch Kollegen, Minder oder Voten mitbringen lassen, müssen auch unbedingt einen Wunschzettel mitbringen, denn wenn auch diese oder jenes Buch vergriffen ist, kann doch der Bibliothekar die Weisungsmöglichkeit des Lesers erkennen. Bücherverzeichnis a 15 Pf. sind in der Bibliothek zu haben.

Virslitz. Donnerstag den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr findet im Gasthof öffentliche Gemeinderatswahl statt.

Gompitz. Der erste Seejischverkauf für die hiesige Gemeinde findet Donnerstag den 5. Dezember auf der Freizeitanlage in Niedergerbisch statt. Der Verkauf beginnt vor mittags 9 Uhr. Zum Verkauf kommt Schellfisch. Es ist zu wünschen, daß die Arbeiterschaft gegen Gebrauch von den für Gompitz neuen Einrichtung macht.

Coffeubunde. Das Resultat der am Sonnabend und Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl ist: in der ersten und zweiten Klasse der Unanfähigen sind die Gegner gewählt worden, in der Klasse der Unanfähigen haben erhalten Genosse Paul Hilberbrandt, Schneidermeister, 144, Genosse Albert Ritter, Tischler, 143 Stimmen. Von den Nationalen erhielten Herr Lehrer Schubert 88, Herr Wegler 89 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zerstückelt. Von 316 Wählern haben 246 gewählt.

Cunnersdorf bei Dönnowitz. Die Wählerlisten für Gemeinderatswahl liegen bis 11. Dezember auf dem hiesigen Gemeindeamt zur Einsicht aus.

Welsch bei Dönnowitz. Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, findet in Beiers Gasthof öffentliche Gemeinderatswahl statt.

Kipsdorf. Die Gemeinderatswahl findet Sonnabend den 28. Dezember im Berghotel Schweißgerhof nachmittags von 1 bis 4 Uhr für die Klasse der Hausbesitzer, von 5 bis 8 Uhr für die Klasse der Unanfähigen statt. Die Wählerliste liegt beim Gemeindevorstand bis zum 22. Dezember zur Einsichtnahme aus. Einspruch kann nur bis zum 15. Dezember bewirkt werden. Wer keine Zeit hat, die Liste einzusehen, wende sich an den Genossen Paul Hinkel. Als Kandidat für die Klasse der Unanfähigen ist der Genosse Ernst Diekmann, Formner, aufgestellt worden.

Mähns-Gellerau. In der Gemeinderatswahl vom 27. November wurden zunächst die Kaufmann Grothmann und Neumann dem Antrage des Bauauschusses gemäß unter den üblichen Bedingungen bestätigt. Des weiteren wurde beschlossen, den Straßenausbau der heutigen Arnoldischen Grundstücke antragsgemäß, und zwar im nächsten Jahre, vorzunehmen. Zum Antrage der Gartenstadt Gellerau um Übernahme der Wasser-, Gas- und elektrischen Leitung sollen zunächst genaue Erhebungen angestellt werden, des weiteren soll die Gartenstadt am Schluß des Jahres eine vollständige Abrechnung vorlegen. Im übrigen wurde der Antrag zur Vorberedung dem Bauauschuss übergeben. Zum nächsten Punkte, Vertrag der Gemeinde mit der Glasfabrikverwaltung wegen Erbauung der Straßendamm auf öffentlichen Wegen in Gellerau, wurde der Vorliegende beauftragt, nachweislich mit der zuständigen Stelle über einzelne Punkte in Verhandlung zu treten. Weiter wurden Mitteilungen gegeben über die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen zur Erbauung einer Werkstoffkammer und der Vertragentwurf darüber zwischen der Stadt Dresden und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht. Das Gesuch der Bauergemeinschaft, ihr eine Vertretung einzuräumen, fand infolgedessen keine Erwähnung, als nach dem angestellten Erhebungen nach § 30 Absatz 3 der neuen Landgemeinverordnungsordnung das zu entscheidende Drittel der Gesamtanlagen überlassen ist und die Bauergemeinschaft ohne weiteres Sitz und Stimme im Gemeinderat zu erhalten hat. Ein diesbezüglicher Nachtrag zum Vertrag wurde ebenfalls aufgestellt. Das Kommissionsgesetz vom 1. August eines Nachtrags zum Regalitäts über die Bestimmung der Höhe wurde beschlossen, die Staffel zur Grundsteuer folgendermaßen auszuführen: Die ersten 10, den zweiten 15, den dritten 20 M. und für jeden weiteren Hund 10 M. Steuer; Zug- und Rechenbunde werden wie bisher besteuert. Nach dem Bericht des Rechnungsausschusses über die festgestellte Nachsteuerrevision wurde die Jahresrechnung für 1911 erörtert und auf der gestrigen Sitzung, Mittwoch den 11. Dezember,

Parteiangelegenheiten.

Wahlprüfung der Kandidaten zur württembergischen Proporzwahl.

Die württembergische Proporzwahl, die am 18. Dezember...

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz für Elbenburg...

Neues aus aller Welt.

Es ist der Krieg ein roh, gewaltsam Handwerk. Ein Parteigenosse...

Die hiesigen Leidenschaften und niedrigen Instinkte hat die...

Großer Wasserrohrbruch in Hamburg. Hamburg, 2. Dezember. In der Hauptstraße...

Berschwundene Schulknaben. Berlin, 3. Dezember. Seit mehreren Tagen sind nicht weniger...

Berschwundenes Rindviehpaar. Hamburg, 2. Dezember. Der Rabelmeister Otto Klemperer vom...

Unter dem Suffragettenpantoffel. London, 2. Dezember. In Aberdeen wurden wieder verschiedene...

Suffragetten verhaftet, die eine Rede des Schatzkanzlers Lloyd George...

Justiz.

Paris, 2. Dezember. Auf der nordwestlich von Madagaskar...

Adressen der Rinderschaukommission.

- 4. Kreis: Auguste Lewinsohn, Gölzinger Straße 23, Hermann...

Herr Richter, Deuben, Kreuzstraße 5, Frau Riemm, Deuben...

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 2. Dezember 1912 in Dresden.

Table with columns: Schlachtvieh- und Futtrieb, Reriklassen, Marktpreis für 50 kg Lebend- / Schlachtgewicht.

Advertisement for 'Gute Weihnachtsbücher' (Good Christmas Books) featuring titles like 'Die Welt der Pflanze', 'Meisterbuch der Erzählungen', etc.

Advertisement for 'Wir Luftschiffer' (We Air Navigators) featuring technical details and contact information.

Volks-Buchhandlung, Dresden, Große Zwingenstraße 14.

Die Pflicht ruft zur Mitarbeit für die Ausbreitung unserer Ideen, für die Gewinnung neuer Abonnenten für die Volks-Zeitung!

Reichstag.

19. Sitzung vom 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Der Reichstag: Der Reichstagler wird sofort beim Beginn der Beratungen abgehen, die er abzugeben gedenkt. Ich bitte den Saal vor, daran folgende die Verwaltung der anstehenden Angelegenheiten zu kräftigen.

Reichstagsler v. Bethmann-Hollweg:

Bei einer Besprechung der auswärtigen Lage sind es die Ereignisse auf dem Balkan, die zuerst so ziemlich unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Allerdings haben die Verhältnisse auf dem Balkan sich schon seit Jahrzehnten die Aufmerksamkeit der europäischen Großmächte in besonderem Maße beschäftigt. Verschiedene Versuche sind gemacht worden, die Verhältnisse auf dem Balkan zu ordnen, wobei die Hauptpriorität in der Verwirklichung der Balkanunion und der Befestigung derselben zu liegen kam. Diese Versuche sind immer wieder mit einem gewissen Scheitern der Balkanunion gesehrt worden. Das Bestreben der europäischen Großmächte war demnach, diesen Ausbruch der Balkanunion zu verhindern, was sich die Balkanunion zu verweigern, daß er nicht zu einem Kampfe aller gegen alle auf dem Balkan führt und vor allem nicht zu Verwicklungen unter den Balkanländern führt. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen. Wir haben uns aber im Laufe dieses Jahres die Stimmung zwischen den Mächten und den Balkanländern so gegenüber, daß der Ausbruch der Balkanunion nicht mehr zu verhindern war, trotz des eifrigen Bestrebens der Mächte, den Frieden zu erhalten. Insbesondere mußten wir auf ein gemeinsames Vorgehen gefaßt sein, seit uns zu Beginn dieses Jahres bekannt geworden war, daß sich die Balkanunion zu einem Zwecke zusammengekommen hatten. Als wir den Kampf zu unternehmen anfingen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, daß sie sich nicht zu weit ausbreiten, und ich kann wohl die allgemeine Hoffnung aussprechen, daß das auch weiter gelingen wird. (Beifall.)

Bei den Vorgängen auf dem Balkan werden wir zwar nicht unmittelbar berührt, und in manchen Punkten steht unser Interesse zwar in anderer Hinsicht zur. Immerhin sind wir berührt, wenn man an die künftigen Bestimmung der ökonomischen Dinge auf dem Balkan sind wir sehr wesentlich und direkt interessiert. Wir können nur an die Erhaltung der den türkischen Staatsorganen genügenden Sicherheit. Außerdem werden wir bei der Regelung unserer Angelegenheiten auf dem Balkan unsere Beziehungen mit in die Waagschale zu legen haben. (Schwache Beifall.) Von den Kriegführenden wird nicht bestritten, daß bei der künftigen Regelung der künftigen Grenzen die Großmächte ihre Interessen zur Geltung bringen müssen und auf Grund dieser Interessen zur Mitwirkung berufen sind.

Wenn über das Maß der Mitwirkung zwischen den einzelnen Bundesgenossen und einzelnen der Kriegführenden Meinungsverschiedenheiten entstehen oder entstehen, so wird den Großmächten die Festlegung ihrer Forderungen wesentlich erleichtert, wenn sie sie gemeinsam vertreten. Um dies zu erreichen, fördert ein lebhafter Austausch von Meinungen unter den Mächten, über den ich heute nicht hinaus sagen kann, da er noch andauert. Ich kann aber sagen, daß ich in der europäischen Gemeinschaft gefühlt wurde und alle Maßnahmen auf Erfolg zielt.

Insbesondere werden die Ansprüche der Mächte in einzelnen Fällen festgelegt werden können, wenn die Stipulationen vorliegen, die die Kriegführenden unter sich getroffen haben werden. Dann wird es leichter sein, insoweit sie in die Interessensphäre anderer Mächte eingreifen. Sollten sich dies zeigen — was wir nicht hoffen — unüberlegte Gegenstände ergeben, so wird es Sache der im allgemeinen Fall direkt interessierten Mächte sein, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen, wenn sie über die Verhältnisse ihrer Interessen wider alle Erwartungen von anderer Seite angegriffen und damit in ihrer Stellung beeinträchtigt werden sollten, dann würden wir unserer Bundespflicht gemäß mit ihnen zusammengehen. (Beifall.)

Bei uns unter unseren Streitern auch ferner dahin gehen, die Türkei nach dem Friedensschluß als wichtigen ökonomischen und politischen Faktor zu erhalten. In diesem Sinne sind die Beziehungen zwischen uns und der Türkei zu ordnen, wobei die Hauptpriorität in der Verwirklichung der Balkanunion und der Befestigung derselben zu liegen kam. Diese Versuche sind immer wieder mit einem gewissen Scheitern der Balkanunion gesehrt worden. Das Bestreben der europäischen Großmächte war demnach, diesen Ausbruch der Balkanunion zu verhindern, was sich die Balkanunion zu verweigern, daß er nicht zu einem Kampfe aller gegen alle auf dem Balkan führt und vor allem nicht zu Verwicklungen unter den Balkanländern führt. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen. Wir haben uns aber im Laufe dieses Jahres die Stimmung zwischen den Mächten und den Balkanländern so gegenüber, daß der Ausbruch der Balkanunion nicht mehr zu verhindern war, trotz des eifrigen Bestrebens der Mächte, den Frieden zu erhalten. Insbesondere mußten wir auf ein gemeinsames Vorgehen gefaßt sein, seit uns zu Beginn dieses Jahres bekannt geworden war, daß sich die Balkanunion zu einem Zwecke zusammengekommen hatten. Als wir den Kampf zu unternehmen anfingen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, daß sie sich nicht zu weit ausbreiten, und ich kann wohl die allgemeine Hoffnung aussprechen, daß das auch weiter gelingen wird. (Beifall.)

Bei uns unter unseren Streitern auch ferner dahin gehen, die Türkei nach dem Friedensschluß als wichtigen ökonomischen und politischen Faktor zu erhalten. In diesem Sinne sind die Beziehungen zwischen uns und der Türkei zu ordnen, wobei die Hauptpriorität in der Verwirklichung der Balkanunion und der Befestigung derselben zu liegen kam. Diese Versuche sind immer wieder mit einem gewissen Scheitern der Balkanunion gesehrt worden. Das Bestreben der europäischen Großmächte war demnach, diesen Ausbruch der Balkanunion zu verhindern, was sich die Balkanunion zu verweigern, daß er nicht zu einem Kampfe aller gegen alle auf dem Balkan führt und vor allem nicht zu Verwicklungen unter den Balkanländern führt. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen. Wir haben uns aber im Laufe dieses Jahres die Stimmung zwischen den Mächten und den Balkanländern so gegenüber, daß der Ausbruch der Balkanunion nicht mehr zu verhindern war, trotz des eifrigen Bestrebens der Mächte, den Frieden zu erhalten. Insbesondere mußten wir auf ein gemeinsames Vorgehen gefaßt sein, seit uns zu Beginn dieses Jahres bekannt geworden war, daß sich die Balkanunion zu einem Zwecke zusammengekommen hatten. Als wir den Kampf zu unternehmen anfingen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, daß sie sich nicht zu weit ausbreiten, und ich kann wohl die allgemeine Hoffnung aussprechen, daß das auch weiter gelingen wird. (Beifall.)

Bei uns unter unseren Streitern auch ferner dahin gehen, die Türkei nach dem Friedensschluß als wichtigen ökonomischen und politischen Faktor zu erhalten. In diesem Sinne sind die Beziehungen zwischen uns und der Türkei zu ordnen, wobei die Hauptpriorität in der Verwirklichung der Balkanunion und der Befestigung derselben zu liegen kam. Diese Versuche sind immer wieder mit einem gewissen Scheitern der Balkanunion gesehrt worden. Das Bestreben der europäischen Großmächte war demnach, diesen Ausbruch der Balkanunion zu verhindern, was sich die Balkanunion zu verweigern, daß er nicht zu einem Kampfe aller gegen alle auf dem Balkan führt und vor allem nicht zu Verwicklungen unter den Balkanländern führt. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen. Wir haben uns aber im Laufe dieses Jahres die Stimmung zwischen den Mächten und den Balkanländern so gegenüber, daß der Ausbruch der Balkanunion nicht mehr zu verhindern war, trotz des eifrigen Bestrebens der Mächte, den Frieden zu erhalten. Insbesondere mußten wir auf ein gemeinsames Vorgehen gefaßt sein, seit uns zu Beginn dieses Jahres bekannt geworden war, daß sich die Balkanunion zu einem Zwecke zusammengekommen hatten. Als wir den Kampf zu unternehmen anfingen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, daß sie sich nicht zu weit ausbreiten, und ich kann wohl die allgemeine Hoffnung aussprechen, daß das auch weiter gelingen wird. (Beifall.)

hände diese Bundesstreue bekräftigt werden soll. Auch nicht mit einer Hilfe hat der Reichstagsler gesagt, um welche Kampfobjekte die Bundesgenossen und mit ihnen Deutschland fechten sollen. Und doch hängt davon die ganze Frage ab, ob Deutschland seinen Einfluß zur Bewahrung des Friedens in die Waagschale wirft. Der Reichstagsler hat wieder, wie so oft schon, um die Dinge herumgeredet. Diese Abmachung des Reichstags ist eine gründliche Verletzung der Interessen unseres Vaterlandes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine ausführliche Darlegung unserer auswärtigen Politik wäre um so notwendiger gewesen, als die Regierung seit Jahrzehnten einen ungenügenden Wandel an rechtzeitiger Erkenntnis der Weltlage gezeigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So war die Verlegung von Maritschau ein Mißgriff. (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) So zeigte das Telegramm des Kaisers an den Sultan, in dem er ihn als Abkaiser des Sultans Ozeans begrüßte, wie verächtlich die Vertreter der deutschen Politik die Verhältnisse beurteilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So zeigte die Regierung des Sultans von Maritschau, und die Rede des Kaisers in Damaskus, mochte er Jellen der deutsche Kaiser ihr Freund sein werde. Das war, eine leichtfertige Festlegung Deutschlands auf eine wertvolle Bundesgenossenschaft, die nicht durchgeführt werden konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies Versprechen hat den Sultan nicht davon abgehalten, daß nachher Maritschau französisch, Ägypten italienisch gemorden ist, und daß die Türkei jetzt aus Europa so ziemlich reiflos hinaus müssen. Solch leichtfertige Verprechungen unserer Hilfsbereitschaft konnten allerdings nur in vollkommenster Verleumdung der in der türkischen Entwicklung begründeten Schritte und des Kräfteverhältnisses zwischen der Türkei und ihren Nachbarn abgegeben werden. Diese Versicherungen haben zunächst Jambis gefährdet wurde. Die deutsche Regierung trägt deshalb einen großen Teil der Verantwortung an den verurteilten Zuständen in der Türkei, denn ihre Freundschaftsverpflichtung hat dem Sultan ermöglicht, jahrelanglang ungestraft diese Mißgriffe fortzuführen und auch jede Verbesserung der militärischen Einrichtungen zu unterlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die türkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

den Aufheben, daß die österreichische Regierung von ihren imperialistischen Bestrebungen mehr und mehr zurückkommt. Serbien braucht einen Zugang zum Adriatischen Meer, nachdem die österreichische Regierung selbst ihn im Interesse ihrer Agenden in den verschiedenen Handelsverträgen zu unterbinden versucht hat, seine Bundesprodukte zu exportieren. Der Kaiser hat die Notwendigkeit dieses Zuganges zur Adria für Serbien anerkannt, ebenso die volle Selbstverwaltung für Albanien. Die Schaffung eines Balkanbundes soll ja jetzt im Werke sein, dem Albanien und Montenegro als unabhängige Glieder angehören sollen und die albanischen Hafen sollen für Freihäfen erklärt werden. Wenn den Serben durch den Bau von Eisenbahnen der volle Zugang nach diesen Gegenden gesichert wird, würden ihre gerechten Ansprüche erfüllt sein, ohne daß die der Kaiser darunter litten. Man spricht jetzt auch davon, den Albanern einen deutschen Konsul zu entsenden, und mit Österreich habe ich gesehen, daß Herr Erzberger nach Wien gereist ist, um dort für einen bestenfalls deutschen Konsul zu wirken. (Widerspruch Erzbergers.) Ich kann vor diesem Versuch nur warnen. Man sollte es den Albanern überlassen, welche Regierungsform sie sich geben wollen. Wie im übrigen die Balkanstaaten sich über die Vereinigungserklärung einigen werden, darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Ich würde nur darauf bestehen, daß die österreichische Regierung, die territorialen Vorteile für sich herauszufinden, von Deutschland unterstützt wird. Wenn Österreich nicht die Kraft hat, sich von der Herrschaft der ungarischen Magnaten zu emanzipieren, und die Forderungen der Südslaven nach Gleichberechtigung zu erfüllen, so wird das über kurz oder lang zur Lösung der Südslaven führen. Gerade vor uns das Bündnis mit Österreich so großes Gewicht legt, muß darauf hinwirken, daß Österreich von seiner gegenwärtigen Politik abkommt, an der es unfehlbar zugrunde gehen muß. Gegen das, was der Kaiser über die Selbstständigkeit der Türkei gesagt hat, haben wir nichts einzusetzen. Wir anerkennen selbstverständlich die Unabhängigkeit und Selbstregierung der Türkei. Es handelt sich nun aber darum, ob die Türkei sich in Asien nicht halten können. Es gibt auch in der asiatischen Türkei verschiedene Freihäfen, die seit Jahren gegen die Despotenmacht der bisherigen türkischen Regiments rekrutiert haben. Diese Rekruten werden von neuem ausbrechen, wenn die türkische Regierung diesen Rekruten nicht das Recht der Selbstverwaltung gibt. Auf diese Formen in der asiatischen Türkei muß Deutschland hinwirken, wenn es ein wahrer Freund der Türkei sein will. Die Albanen sind freilich zogen, wie es nicht gemacht werden darf. Ein albanischer Politiker hat verlangt, daß Deutschland an der Herabden Türkei Reichensbedeurei treiben und Kleinrenten einbringen soll. Wir warnen vor demartig unangehörigen Plänen. Auch die armenische Gefahr ist in der asiatischen Türkei noch vorhanden. Man spielt sich in Russland als Vertreter Armeniens auf, das selbe Land, das selbst seine Völkergruppen nur als Ausbeutungsbjekte für seine Gewalttätigkeit betrachtet. Wenn Russland als Vertreter auftritt, dann steht dahinter immer eine neue Ausbeutungsbjekte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die spanische Revolution, die Russland einen Eroberungskrieg in Europa führen könnte, ist ja vollständig gerichtet worden durch den russisch-japanischen Krieg und die russische Revolution. Russland würde heute in derselben isolierten Lage sein wie gegenüber Japan, wenn nicht die europäischen Regierungen den Druck zwischen den drei großen Kulturnationen Europas immer wieder aufzuheben würden. Daher ist es erste Aufgabe der Reichsregierung, für die Befestigung des deutsch-englischen Konfliktes zu sorgen. Keine unüberlegte Friedenspolitik mit moralischen Grundgesetzen, sondern Befestigung der Verträge, die immer wieder zu diesem Konflikte führen! Die Panzerplattentouristen sind die wahren Feinde des Vaterlandes, denn sie wollen keine Länder in unabhiesbares Unglück führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die industriellen und handelspolitischen Beziehungen zwischen England und Deutschland lassen sich nämlich auf friedlichen Wege aus der Welt schaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Industrie hat keinen besseren Abnehmer als den englischen Handel. Wenn der Handel der offenen Welt in beiden Ländern und ihren Kolonien durchgeführt wird, so daß jeder Deutsche in England und seinen Kolonien, und jeder Engländer bei uns völlig frei wirtschaftliche Unternehmungen betreiben könnte, so entfällt damit aller Anlaß zu kriegerischen Verwicklungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Verwicklungung wird verwerflich werden durch eine Verengung der Beziehungen. Beide Staaten müßten übereinkommen, auch in den kommenden Jahren nicht mehr für Marineverflechtungen aufzukommen, als im letzten Jahre. Jeder der beiden Staaten hätte dann immer noch die volle Freiheit der Verteilung dieses Geldes für Neubauten und Wiederausrüstung, aber es würde über diese Dinge nicht hinausgegangen werden, denn das Friedensbündnis und Prinzip der Befestigung ist die beständige Steigerung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unserem Vorgehen auf Abschaffung des Seeweisrechts hat bereits den Erfolg gehabt, daß die britische Regierung nunmehr ihre Verweigerung dazu erklärt hat. In Basel bei unserer großen Friedenskonferenz in München und auch im Kongress, den die Kaiserliche Regierung abgeben beabsichtigt haben, ist es so weit zum Vorneinigen gekommen, wie außerordentlich kulturell vorgezeichnet die seine Schweiz doch gegenüber dem großen Deutschen Reich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade bei dem Balkanfrage haben wir wieder gesehen, daß die Weltlichen aller Konstitutionen zu den Kriegshelden gehören. Ganz im Gegensatz dazu hat im Kaiserlichen Reich der protestantische Kaiser Kaiser dargestellt, daß der Krieg aus Selbstsucht, aus falschen Ehrgeizen, aus Vandalismus und Eroberungslust entsteht, daß er die Befestigung der niedrigen Liebe ist. Die Behandlung der Verwicklungen ist menschlicher geworden, die Kräfte selber aber werden unerschütterlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denken Sie an die Verantwortlichkeiten des Balkankrieges, an die gottliche Forderung der friedlichen Landbewohner. Hoffentlich wird die Regierung darauf dringen, daß für solche Verantwortlichkeiten eine Entschädigung wenigstens an die Überlebenden gezahlt wird. Der moderne Krieg ist ein Mordanschlag im großen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Inhalt dieser Rede des protestantischen Reichstags ist für uns besonders wertvoll. Er sagt, daß die Diplomaten für die Herstellung des Friedens in der Welt nicht tun und daß deshalb die Friedenshoffnungen auf den Friedensbestrebungen der internationalen Arbeitermassen liegen. (Dabei wird bei den Sozialdemokraten.) Das sind wahrhaft christliche Worte. Hoffentlich kommt auch einmal der unglückliche Schritt zu dieser Erkenntnis und dann erleben wir vielleicht auch in der Weltgeschichte in Rom einmal eine große sozialistische Friedensdemonstration. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die internationale Sozialdemokratie wird mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, den Ausbruch eines Krieges verhindern. Sollte gegen unseren Willen ein Krieg ausgebrochen werden, so werden wir einmütig einen heiligen Frieden zu erreichen suchen. Darauf können Sie sich verlassen. (Rechts rechts.) Wir haben es an Hauptstadt Schicksal nach dem menschlichen Krieges gesehen, wie dort das kapitalistische Proletariat die Klassenherrschaft in ihren Grundfesten erschüttert hat. Dieses warnende Beispiel sollten sich alle Vorkämpfer der Welt merken. Das Proletariat wird sich nicht mehr für irgendwelche Ausbeutung interessieren, sondern zur Schlichtung der Kriege kommen, wo das Proletariat so stark ist, daß es ein für allemal mit solchen Vorkämpfern ein Ende machen wird und den Vorkämpfern, die zu solchen Verantwortlichkeiten bereit sind, die Hände aus dem Sch...

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns aber die türkische Kräfte vollkommen gerichtet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen und haben dort versucht, den preussischen Geist in türkischen Verhältnisse einzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versuche sind aber nicht gelungen, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Basis entgegen gingen. Dann wachte die jungtürkische Revolution den dambischen Verbrechen ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Wilson entschloß sich damals damit, daß das unblutige Revolutionsgesetz gegeben sein. Kurz darauf wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Hilfe der türkischen Kräfte ein „unblutiger“ Vertrag zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Advertisement text on the left margin, including 'SLUB' and 'Wir führen Wissen.'

Advertisement text on the right margin, including 'DFG' and 'Deutschen Forschungsgemeinschaft.'

den nehmen wird. Nicht, daß wir legendäre zu Gewaltmaßnahmen schreiten wollen. Innerhalb des Rahmens der heutigen Zustände werden wir Schritt für Schritt auf die Umgestaltung der Verhältnisse hinarbeiten. Wir wollen eine friedliche Revolutionierung. Aber wir verzichten und der Einsicht nicht, daß die herrschenden Klassen sozialistischen Bewegung greifen können und dann werden auch die Sozialdemokraten gezwungen, die Gewalt mit der Gewalt zu überwinden. Also greifen Sie nicht zur Gewalt. Sie würden dadurch nur ein Strafgericht über sich selbst und die ganze kapitalistische Gesellschaft heraufbeschwören. Denn darüber sind sich alle Sozialdemokraten in der ganzen Welt klar, daß der Sozialismus das notwendige Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Und alle Sozialdemokraten der ganzen Welt sind seit Entschlossen, alles aufzubieten, um diese Entwicklung zu fördern und zu einem guten Ende zu bringen. So wissen wir in der osterwärtigen Kollaboration der sozialdemokratischen Arbeiterklasse Europas und der Kulturwelt nicht nur die Sicherung des Weltfriedens, sondern das Glück der ganzen Menschheit begründet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Innern v. Ribbert-Wächter: Der Abgeordnete Ledebour hat Angriffe gegen den uns befreundeten Forscher eines großen Reiches gerichtet, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben und zu leben wünschen. Diese unumwundenen Angriffe weisen ich zurück. (Beifall rechts.) Der Abgeordnete Ledebour hat weiter die Regierung ermahnt, ihre Beziehungen zu anderen Staaten zu verbessern, und hat mir dabei den Vorwurf gemacht, einen Schritt im Hinblick auf England zu tun. Diese Angriffe sind mir ein willkommenes Anlaß, auszusprechen, daß während der ganzen letzten Krise unsere Beziehungen zu England besonders vertrauensvoll waren. Die offene, von vollen Vertrauen getragene Aussprache zwischen London und uns hat nicht nur eine erfreuliche Intimität unserer Beziehungen hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte auf die Dauer geföhrt. Ich hoffe, daß sie das auch weiter tun wird. (Beifall. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und die Vereinigungen?)

Abg. Dr. Spahn (N.) (Schwer verständlich): Es handelt sich für uns natürlich nur um die Möglichkeit eines Desinfektionsgesetzes Österreich-Ungarns, und für den Fall müssen wir Österreich zur Seite stehen. (Beifall.) Wir haben ein Interesse daran, daß ein Weg nach Kleinasien über Österreich und dem Balkan offen bleibt. Auf territoriale Ansprüche hat Österreich ausdrücklich verzichtet

und die sozialdemokratischen Angriffe auf seine Politik sind daher unbedeutend. Wenn Österreich eine Rückwirkung unserer Außenpolitik auf seine inneren Verhältnisse befürchtet, so darf es sehr wohl bei uns aufpassen. Das ist keine Einmischung in unsere innere Politik. Der Redner fordert weiter, daß bei der Neugestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan die verschiedenen Konfessionen gleichmäßig berücksichtigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Ranig (L.): Die beste Friedensgarantie ist die Einmütigkeit eines Volkes, das geschlossen hinter seiner Regierung steht. (Zustimmung rechts.) Angesichts der gespannten Situation konnte der Minister nicht mehr sagen. Öffentlich kommen bei der Neuregelung der Linie auf dem Balkan die deutschen Interessen nicht zu kurz. Von einer willenslosen Gefolgschaft unserer Regierung gegenüber Österreich kann nicht gesprochen werden. An Freundschaft für Rußland haben wir es nie fehlen lassen und wir wünschen, daß das alte Freundschaftsverhältnis zu Rußland bald wieder hergestellt wird. (Beifall rechts.) Der Redner schließt mit der Vertiefung einer Erklärung, in der die Bereitwilligkeit der konservativen Fraktion ausgedrückt wird, die bereits beschlossenen Verhandlungen eventuell noch früher durchzuführen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (noll.): Nicht die internationale Sozialdemokratie vertritt den Frieden, sondern die Vernunft der Nationen und Völker. So ganz einzig ist sich die Internationale auch nicht, denn die italienischen Sozialdemokraten waren für den Teufelskreis. Die deutsche Orientpolitik war durchaus erfolgreich und ein Teil der zu früh verlassenen Verhältnisse v. Reichs. Eine Einmischung in unsere inneren Verhältnisse wegen der Außenpolitik wollen wir nicht. Es handelt sich da um eine innerpreussische Frage. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Sollte unser Bundesgenosse Österreich angegriffen werden, so werden wir hinter ihm stehen. (Beifall.) Auch wir wünschen ein besseres Verhältnis zu England. Aber zu Intelligenzen ist es noch zu früh. Die Vorhute erfordert eine abnorme Politik. (Zustimmung.) Von einer eigenartigen Abenteuerpolitik Österreichs im Orient kann nicht gesprochen werden. Es beugte sich jetzt mit der Förderung eines selbständigen Albanien. Lassen wir, wie die Sozialdemokraten fordern, Österreich im Stich, so treiben wir es der Tripleallianz in die Arme. Das aber liegt nicht im deutschen Interesse. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratischen Angriffe auf Österreich beruhen nur auf maßlose Invektiven. (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Liberalen.) Der Balkankrieg hat

die Bedeutung der schonungslosen Offensibe gezeigt. Daher müssen auch wir für den Ernstfall die Garantie einer raschen Mobilisierung haben. Weithinende Vorden müssen ausgeführt werden. Dazu gehört die Schaffung einer deutschen Luftflotte, die aus dem Reichsgebiet erziehenden Vorposten erhält. (Beifall.) Für die Diplomatie wünschen wir nicht, daß der Adel aus ihr entfernt wird. Aber der Zugang zur Diplomatie soll auch weiterhin bei den deutschen Bürgertums eröffnet werden. (Beifall.) Die übrigen Schichten der Bevölkerung werden über die Hauptfrage der Politik, daß die Regierung die Volksvertreter häufiger über auswärtige Angelegenheiten informiert. Ein Abstimmungsabkommen mit England lehnen wir nach wie vor ab, denn es kann nur die Qualität von Streitigkeiten werden. Wir hoffen auf den Frieden, unser Volk ist friedliebend, aber es will auch kriegsbereit sein. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schulz (Rp.): Der Dreifund hat sich in der letzten Zeit wieder einmal glänzend bewährt. Die auswärtige Politik der Sozialdemokraten beschränkt sich auf die fernöstlichen Großmächte, die der „Vorwärts“ die Behandlung der Außenpolitik unklarer Ziele überläßt. Wo die Kräfte ausbleiben, dort das sozialdemokratische Manne auf. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das sagt der Mann! Die Friedensdemonstrationen der Sozialdemokraten können nur schädlich wirken, denn sie erkennen im Ausland ein solches Bild von den Absichten unserer Politik. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich entnehme aus diesen Worten, daß Herr Erzberger sich um die allein für ihn passende Stelle bemüht hat. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Kurze Anfragen, Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

109. Sitzung vom 2. Dezember, nachm. 4 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht das Bezirksverbandsgesetz.
Der Abg. Schönfeld u. Gen. (noll.) haben eine Reihe von Anträgen gestellt, die in vielen Punkten die Regierungsvorlage wieder herbeiführen wollen.

Es wird sofort in die Spezialberatung der einzelnen Paragraphen eingetreten. Die Paragraphen 1 bis 3 werden in gemeinsamer Beratung genommen, sie handeln von der Bildung der Bezirksverbände. Es wird bestimmt, daß die zum Bezirk einer Amtshauptmannschaft gehörigen Städte, Landgemeinden und selbständigen Gutsbesitzer zu einem Bezirksverband bilden. Die kleinen Bezirksverbände angehörigen Städte sind selbständig und haben als solche die den Bezirksverbänden obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Meinhempel (noll.) bemerkt, daß er sich auf einem vorläufigen Posten befindet, da die Deputation der Erlau-Kammer den Entwurf abgelehnt hätte. (Große Heiterkeit.) Erklärt dann die einzelnen Bestimmungen und empfiehlt schließlich die Annahme der Paragraphen nach der Deputationsbeschlüsse.

Abg. Winkler (Soz.): Die drei Paragraphen haben in der Deputation keine größeren Auseinandersetzungen hervorgerufen. Meine politischen Freunde werden den Deputationsanträgen zustimmen, wenn sie es auch gern gesehen hätten, der Geltungsbereich des Gesetzes wäre wesentlich ausgedehnt worden.

Abg. Hartmann (noll.) glaubt, daß der Entwurf die Gemeinden und Städte zu sehr belastet.

Abg. Fritzer (noll.) stellt mit Rücksicht auf die eben erst eingegangenen Anträge Schönfeld und weil das Bezirksverbandsgesetz in engem Zusammenhang mit dem Gemeindeverwaltungsrecht steht, den Antrag, die Vorlage zur nochmaligen Beratung an die Deputation zurückzugeben, um dieser Gelegenheit zu geben, zu prüfen, inwieweit die Anträge Schönfelds eine Milderung der Regierungsvorlage notwendig machen.

Der Zurückverweisungsantrag wird jedoch mit 38 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Die Debatte wird abgebrochen.

Abg. Fritzer (Soz.): Heber das Schicksal der Vorlage besteht wohl trotz der letzten erfolglosen Abstimmung kein Zweifel. Die Deputation der Erlau-Kammer hat vorgeschlagen, den Gesetzentwurf abzulehnen, und in diesem Sinne ist aufsehend eine sichere Mehrheit für die Annahme des Gesetzes in der Deputationsabstimmung auch nicht mehr vorhanden. Die Verhältnisse sind deshalb nicht angetan, noch lange und bezweifelnde Reden zu halten. Deshalb bezeichnen wir uns auf folgende Erklärung: Uns geben die Vorschläge der Regierung und der Deputation nicht weit genug, wenngleich wir verhandeln, nach Milderung unserer Wünsche noch manche Verbesserung durchzubringen. Wir sind der Meinung, daß die Aufgaben der Bezirksverbände größer sein und daß mehrere Bezirke zusammengefaßt werden müssen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Es ist nicht notwendig, daß die Bezirke der Bezirksverbände an die Verwaltungsbezirke gebunden sind. Wir haben kein Interesse, daß es den großen und mittleren Städten so leicht gemacht wird, aus den Bezirksverbänden auszuscheiden. Eine besonders leistungsfähige Tätigkeit der Bezirke wird dann nicht möglich sein. Die Städte haben auch kein Recht, deshalb auszuscheiden, weil ihre Vertreter unter der Herrschaft und dem Vorbehalt eines Amtshauptmanns nicht tätig sein wollen. Die Regierung hat nun eine Erklärung abgegeben, wannas es ihr fernliegt, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden einzuschränken. Der Widerspruch, der aus den höchsten Körperschaften kommt, läßt uns ungeduldig sein. In den Städten ist die Verwaltung nicht liberaler geartet und wird die Autonomie nicht mehr respektiert als in der Amtshauptmannschaft. In den großen Städten ist oft vom Selbstverwaltungsrecht nicht viel zu hören, denn es kommt nicht darauf an, daß man ihnen viele Befugnisse einräumt, sondern wer diese Befugnisse ausübt, ob sie von den bestehenden Klassen ausgeübt werden oder von der Mehrheit der Bevölkerung. Für uns ist es keine Autonomie, wenn die Mannschaften, die auf Gehalt der Gesamtbevölkerung ausmachen und ein großes Stimmrecht ausüben, in der Gemeindevertretung mit nur einem Viertel vertreten sind. Das ist keine Autonomie, sondern eine Bevormundung der schaffenden und bestehenden Klassen. — Wir sind der Meinung, daß das Gesetz eine kleine Verbesserung bringt. Wir sind auch in der Deputation bestrebt gewesen, die Regierungsvorlage zu verbessern. Nachdem unsere Wünsche abgelehnt worden waren, sind wir bemüht gewesen, daß diese kleinen Verbesserungen Gesetz werden. Werden auch diese kleinen Verbesserungen abgelehnt, so werden wir dem Gesetz, wenn es schließlich, keine Träne nachweinen. Was also die Entscheidung fallen, wie sie wollen, wir werden mit unseren Wünschen doch wiederkommen. Einen besonderen Wert legen jedenfalls auch wir nach Lage der Dinge dem Gesetz nicht mehr bei. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Spahn (noll.) erklärt, daß seine Fraktion aus politischen Gründen gegen das Gesetz stimmen werde. Zu guten Willen der Regierung, etwas Verbessertes zu schaffen, erkennen wir an, trotzdem können wir unsere Bedenken nicht zurückstellen. Ein Hauptgrund, daß die Vorlage nicht Gesetz werden dürfte, ist wohl in der Überforderung der Regierung mit außerordentlicher Arbeit zu erblicken. Die §§ 1 bis 3 werden einstimmig angenommen.

Die §§ 4 bis 19 werden ebenfalls zusammen behandelt. Nach § 4 der Regierungsvorlage besteht die Bezirksverwaltung aus dem Amtshauptmann und mindestens 11 gewählten Mitgliedern. Bei größeren Bezirken soll sich die Zahl der Mitglieder erhöhen. —

Die Deputation hat dem Paragraphen folgende Fassung gegeben: Die Bezirksverwaltung besteht aus dem Amtshauptmann und 30 gewählten Abgeordneten bei einer Einwohnerzahl bis zu 100 000, 30 gewählten Abgeordneten bei über 100 000 bis 150 000 Einwohnern und 48 gewählten Abgeordneten bei über 150 000 Einwohnern des Bezirks. § 5 besagt in der Regierungsvorlage, daß die gewählten Mitglieder der Bezirksverwaltung zu einem Drittel aus Vertretern der Städtewerke, zu zwei Dritteln aus Abgeordneten der Gemeinden des Bezirks. Nach der Deputationsfassung sollen sich die Abgeordneten zusammensetzen bei einer Gesamtzahl von 30 Abgeordneten aus 10 Abgeordneten, 4 der Städtewerke, je 3 der Arbeiter zur Hand, zur Gewerbetätigkeit, zum Landbesitzer und der fränkenerwerbungsbedingten Arbeiter und 4 freiwählenden Abgeordneten. Bei einer größeren Gesamtzahl der Abgeordneten erhöhen sich auch die einzelnen Bezirke zugehörigen Vertreter. Die Bestimmungen der übrigen Paragraphen sind mehr untergeordneter Natur.

Verständlicher Abg. Meinhempel (noll.) erklärt, daß für seine politischen Freunde die ganze Vorlage unannehmbar sei, wenn die §§ 4 und 5 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen würden.

Abg. Schönfeld (noll.) gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß § 4 in der Deputationsfassung unannehmbar sei. Die Veranschaulichung der Bezirksverwaltung würde nur zur Interessenspolitik führen. Es würden keine Arbeiter in die Bezirksverwaltung kommen, sondern nur bezahlte Parteifunktionäre.

Minister des Innern Graf Bismarck (noll.) erklärt, daß der Regierungsvorlage gegenüber die Deputationsfassung des § 4 bezogen. Wenn sie trotzdem den Entwurf nicht zurückgegeben habe, so deshalb, weil die Deputationsbeschlüsse als eine geeignete Grundvorlage zur Weiterbehandlung der Sache betrachtet. Gleichwohl nehme auch die Erlau-Kammer eine Korrektur ihrer Beschlüsse vor, so daß vielleicht doch noch auf der mittleren Linie eine Verständigung erzielt werden könne.

Abg. Winkler (Soz.): Wir haben bei § 4 gegen den Inhalt der Deputationsbeschlüsse nichts eingewandt, dagegen können wir uns nicht mit § 5 befriedigen. Wir nehmen in der Deputation geäußerten Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts, abnehmen Wahlrechts mit dem Freizug wieder auf, und zwar, weil wir davon Wert legen, daß das Gesetz so gestaltet wird, wie es das Interesse des Landes und der Bewohner der verschiedenen Bezirke erfordert. Letzteres ist aber nicht möglich, wenn die Zusammenfassung der Bezirksverwaltung zu erfolgt, wie die Regierung und Deputation es wollen. Die Gründe für unseren Antrag sind verändernde. Wir stehen auch, wie der Verächterplattler auf dem Standpunkte, daß die Bezirksverwaltung ein Spiegelbild der Einwohnerzahl des Bezirke sein soll. Ein solches Spiegelbild gewährt aber der § 5 in der Deputationsfassung nicht. Ein solches Spiegelbild von der Zusammenfassung der Bevölkerung wird nur ermöglicht, wenn die unseren Antrag annehmen. Wenn der Abg. Schönfeld den § 5 deshalb anzeigt, daß einige Arbeiter in die Bezirksverwaltung einmischen sollen, so geht hieraus hervor, daß die Arbeiter überhaupt von den gewählten Vertretern ausgeschlossen sind. Die Anzahl der gewählten Vertreter kommt ebenfalls in der Rede des Abg. Schönfeld zum Ausdruck. Die durch die Gemeindevertretungen gewählten Vertreter zur Bezirksverwaltung würden einseitig als Spiegelbild der Bevölkerung gelten können. Die Art und Weise, wie heute die Gemeindevertreter gewählt werden, zeigt, wie die Gemeindevertretung als Wahlkörper zusammengekommen würde. Die Gemeindevertretungen würden niemals Arbeiter wählen; sie sind aus Vertretern der Städtewerke und der Berufsgruppen zusammengesetzt, die nun hier nochmals berücksichtigt werden sollen. Was hat auf die Komplexität des Wahlverfahrens hingewiesen. Nun, nehmen Sie unseren Antrag an und der ganze Wahl von Paragraphen ist überflüssig. Wir werden also gegen die Regierungsvorlage stimmen. Von der Aussprache im Plenum wird es abhängen, wie wir uns zu den Deputationsbeschlüssen stellen werden.

Abg. Dr. Dietel (fortf. Volksp.) spricht seine Vermutung darüber aus, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation die Bestimmung von dem Wahlverfahren geändert haben. Er würde eine solche Rechtsentwicklung ablehnen. (Beifall rechts.) Wir lehnen die Deputationsanträge ab, weil sie nicht alle Berufsgruppen berücksichtigen.

Abg. Dr. Schanz (noll.) bemerkt, sein Fraktionsmitglied Epich habe nicht gesagt, daß man das ganze Gesetz ablehnen werde, sondern nur, daß man sich die Stellungnahme vorbehalten müsse und sich nach der Beschlüssen der Kammer zu den einzelnen Paragraphen richten werde.

Abg. Fritzer (Soz.) empfiehlt warm den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts unter Zugrundelegung des Verhältniswahlrechts zur Annahme. Das sei das Wahlrecht der Zukunft, das einzige Wahlrecht, das das Selbstverwaltungsrecht in Staat und Gemeinden zur Geltung bringe. Das Selbstverwaltungsrecht, das auf einem anderen Wahlrecht beruht, ist nur eine Parodie von Autonomie. (Zustimmung.) Ich will uns über das Schicksal unserer Anträge durchaus klar, trotzdem halten wir ihn aufrecht, um unsere prinzipielle Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen. Tag die Konfessionen gegen ein Wahlrecht sind, das auch den Arbeitern eine Vertretung einräumt, ist ja bekannt. Die Idee der Herren zur Vertretung der Städtewerke und ihre Anwendung gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist ja auch in der Deputation zum Aus-

druck gekommen; man möchte meinen, daß sie sich logischerweise an den Wahlen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht überhaupt nicht mehr beteiligen würden. Der Abg. Schönfeld hat bemerkt, es sei den Bezirksverwaltungen bisher immer schieflich und friedlich gegangen und die dort drinlebenden Herren hätten und friedlich Arbeiter immer mit vertreten. Was würden Sie (nach rechts) ab sagen, wenn die Interessen der Großgrundbesitzer durch die industriellen Arbeiter vertreten werden sollten. Sie würden das mit gutem Recht ablehnen, da es eben Sache jeder Gesellschaft ist, ihre Interessen selbst zu vertreten. Sie haben auch das Zeug dazu und haben auch die Mehrheit in der Bevölkerung, sie wollen sich nicht durch andere vertreten lassen. Der Abg. Schönfeld hat gesagt, es würden politische Agitatoren hineinkommen. Nun, politische Agitatoren sind schon da, ohne daß Sie dies hauptsächlich die der konservativen Partei demgegenüber ist. (Sehr richtig! noll.) Der Abg. Dr. Dietel in unserer Stellungnahme zu der Bestimmung von dem Wahlverfahren angegriffen. Dabei wissen Sie (zu den Freizügigen) doch ganz genau, daß die sozialdemokratischen Mitglieder nur der Not gehorchen, um dem eigenen Erbe zu folgen, dieser Bestimmung zugestimmt haben. Ihre prinzipielle Unentwegtheit steht Ihnen also schlecht an. Sie haben es in der Hand, mit uns für unseren Antrag zu stimmen. Ihre Ausführungen waren deshalb bezeichnend. Zum Schluß polemisierte Ledebour gegen den Abg. Dr. Schanz.

Abg. Schwaner (fortf. Volksp.) wünscht, daß die Regierung noch diesem Landtage einen Gesetzentwurf über den Bezirksverwaltungsrecht vorlegt. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Hüls (Soz.): Wenn die bürgerliche Linke immer so demotiviert vorantritt, wie hier, so würde manches besser sein. (Zustimmung des Abg. Dr. Dietel.) Sie schließen doch nicht wie! Ich komme jetzt schon zum Schluß! Der in der Deputation geäußerte Antrag Dietel auf Wahl sämtlicher Abgeordneten der Bezirksverwaltung durch die Gemeindevertretungen bedeutet doch kein Ideal. Wenn Gemeindevertretungen sind Klassenvertretungen, dominieren dort bei den Vertretern der jeweiligen Klassen. Sie haben also, indem sie ihren Antrag stellen, manches geschluckt, was von ihrem demokratischen Prinzip sehr abweicht. Sie schließen eine ganze Menge Hochschulmänner mit ihrem Antrag. Wenn unsere Klassen in der Deputation für die Deputationsfassung gestimmt haben, so deshalb, weil uns das Prinzip Vertreter der Gemeinde zu wählen, immer noch höher steht, als das Vertreter des Bezirke. (Zustimmung bei den Soz.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schönfelds zu § 4 abgelehnt und der § 4 in der Deputationsfassung gegen die Stimmen der Konservativen und des Abg. Dr. Böber (noll.) angenommen. Nach dem Antrag Schönfelds zu § 5 fällt, der Antrag Fritzer auf Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts unter Zugrundelegung der Verhältniswahl nicht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freizügigen und des Abg. Meinhempel abgelehnt. Dagegen wird der Gesetzentwurf Fritzer: für den Fall der Annahme des Deputationsantrages anstellt, freiwählungsbedingten Arbeiter zu wählen, abgelehnt. Dagegen wird § 5 in der Deputationsfassung gegen die Stimmen der Konservativen und Freizügigen angenommen. Die übrigen §§ 6 bis 19 finden ebenfalls nach der Deputationsfassung Annahme. § 20 lautet nach der Deputationsfassung: Der Bezirksverwaltungsrat hat in Vertretung des Bezirkeverbandes die Durchführung der Bezirksaufgaben ob. Soweit es von dem freien Bezirksverbänden nicht ausreicht, hat die Bezirksverwaltung die zur Durchführung der Bezirksaufgaben nötigen Mittel zu beschaffen.

Tagu liegt folgender Antrag Meinhempel vor: Die Abtägliche Staatsregierung zu ersuchen, zur Unterbreitung der Bezirksverbände ab 1. Januar 1914 im Staatsverwaltungsministerium des Innern zu übertragende Vertretung der Staatsbehörden Grundzüge aufzustellen und letztere der Staatsversammlung vorzulegen.

Minister des Innern Graf Bismarck: Die Regierung auf den Antrag Meinhempel ebenso ablehnen wie sie dem Antrag des Abg. Fritzer, weil die Art und Weise, wie der Antrag den Bezirksverbänden, die auch von der Regierung als wünschenswert gehalten wurde, bringen will, schlecht. Der Antrag will nicht die Tragfähigkeit breiterer Schichten in Anspruch nehmen, sondern einen Anteil der Staatskasse in Anspruch nehmen und dafür eine allgemeine Anspannung der Steuerkraft des ganzen Landes. Die Regierung kann nicht zugeben, daß die Bezirke nicht leistungsfähig genug seien, die ihnen übergebenen Aufgaben erfüllen zu können. Der Minister stellt schließlich, dem Antrage keine weitere Rolle zu geben, versichert aber, daß deswegen die Frage, wie den bestehenden Gemeinden zu helfen ist, nicht beiseite gelassen werden, sondern einseitig Gegenstand ernstlicher Erwägungen seitens der Regierung sein wird.

§ 20 und der Antrag Meinhempel werden einstimmig angenommen. Die §§ 21 bis 23 werden nach unidentifizierbarer Debatte einstimmig, teils gegen die Stimmen der Konfessionen angenommen.

Bei der Gesamtbestimmung wird das Gesetz mit 24 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen außer den Sozialdemokraten nur noch die nationalliberalen Abgeordneten Ledebour, Gäßler, Braun und Singer.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 10 Uhr.

Der Redner...
Die Arbeiter...
Partei...
Börse...

Wenig aus aller Welt.

Quantitative Untersuchung der Bulgaren.

Am 20. November, 20. Dezember. Der Reichsstatistiker des W. Z. erzählt von einer sehr interessanten Untersuchung über Bulgaren, die in Sabalia und Bulgarien durchgeführt worden ist. In Sabalia sind bereits die Bulgaren unter den Augen der Russen in und in Bulgarien werden sie durch die Bulgaren selbst untersucht. Die Bulgaren sind in Bulgarien sehr zahlreich und ihre Zahl wird auf 10 bis 15 Millionen geschätzt. Die Bulgaren sind in Bulgarien sehr zahlreich und ihre Zahl wird auf 10 bis 15 Millionen geschätzt. Die Bulgaren sind in Bulgarien sehr zahlreich und ihre Zahl wird auf 10 bis 15 Millionen geschätzt.

infolge des. Die erkrankten wurden zurückgezogen. Die Komitards behaupteten, daß die Russen einen Plan hätten, unter den Bulgaren zu verbreiten. Eine Anzahl angegebener Juden wurde festgenommen. Es herrscht ernste Befürchtung wegen ihrer Sicherheit. Als die Bulgaren in Serres einrückten, erschossen die Russen einen Offizier und zwei Soldaten, worauf die Bulgaren etwa hundert Russen niedermachten.

Schneestürme und Frost.

Rassel, 2. Dezember. Ein starker Witterungssturz ist in ganz Mitteleuropa plötzlich eingetreten. Während es gestern noch stark geregnet hat, treten heute noch Schneesturm und harter Frost ein. Die streibenden Gewässer sind angefroren. In den Bergen ist der Schnee liegen geblieben und hat bereits Kuppelhöhe erreicht.

Brüsk, 2. Dezember. In den letzten 24 Stunden haben südwärts des Gotthard beständige und bedeutende Schneefälle stattgefunden. Namentlich sind auch das oberitalienische Secugebiet und weiter nordwärts die tessinischen Täler stark berührt worden. In Lugano und Umgebung liegt der Schnee 20 Zentimeter hoch. Stellenweise ist beträchtlicher Schnee entstanden.

Großfeuer in Glasgow.

Glasgow, 2. Dezember. In der vergangenen Nacht brach hier in den Fruchtdepots ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Im Nu stand das gesamte Gebäude in Flammen. Das Feuer war so stark, daß sich die Feuerwehrleute darauf beschränken mußte, die umliegenden Bauwerke vor dem Uebergreifen des Brandes zu schützen. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Die Lines melden aus Sabalia vom 27. November authentische Einzelheiten über die Proteste der Bulgaren. Die Censur wurde von einem gemischten Truppe bulgarischer Regularer und Komitards durchgeföhrt.

Fleischteuerung und trotzdem billige, nahrhafte Gerichte.

Unter der Fleischteuerung hat am meisten die Hausfrau zu leiden, die mit demselben Wirtschaftsgelde den ganzen Haushalt ernähren muß. Die Ernährung der Familie zu bestreiten hat. Schmecken und schmecken lassen, bei denen nur wenig oder gar kein Fleisch verwendet wird. Es hat sich gezeigt, daß sich bei Verwendung der patentierten Verfahren mit einem reichen Gehalt an Pflanzenfleisch, besonders nahrhafte, einweiche und wohlgeschmeckte Gerichte herstellen lassen, die im Nährwert dem mit Fleisch hergestellten Gerichten ungefähr gleich sind und die es der Hausfrau ermöglichen, mit ihrem Wirtschaftsgeld auszukommen. Die Dr. Klopfer-Dresden-Leubnitz hat sich daher einen Verdienst daraus gemacht, daß sie an alle, die ihr eine Postkarte schreiben, ein Kochbuch gratis versendet, das von der bekannten Vorkocherin der Kochschule in Heidelberg verfaßt worden ist und zahlreiche Rezepte namentlich für fleischlose Nudel- und Macaronispeisen enthält.

Victoria-Salon, Dresden
Gastspiel Cléo de Mérode
die weltberühmte Tänzerin von der Grossen Oper Paris und das gänzlich neue grosse Dezember-Programm
Anfang 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr. Vorverkauf im Vestibül
Theater-Tunnel: Künstler-Ensemble Böttcher
Anfang 7,8 Uhr, Sonntags 6 Uhr

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Apparat für Oper, Theater, Variété, Konzert. - Nur erste Künstler!

Sie brauchen kein Geld dazu! Wir senden denselben kostenlos!

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 25 cm großen Pathé-Platten. - Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadellplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. Unser richtiger Apparat ist

das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf dem Markt befindlichen Typen. - Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie ein unerschöpfliches Vergnügen, das täglich nur 10 Pf. zu zahlen. Die Lieferung erfolgt sofort!

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 250/349
Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit einer Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 doppelseitige Platten auf 10 doppelseitigen 25 cm großen Pathé-Platten. 5 Tage zur Probe. Wenn ich die Sendung nach Empfang an Sie franko zurücksende, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgange für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 20. - und für die 10 Pathé-Doppelplatten 2 Mark 20 Pf. - vom Ablauf der Probezeit bezahlbar. Von dem Ablauf der Probezeit bis zum Ausgange für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 20. - und für die 10 Pathé-Doppelplatten 2 Mark 20 Pf. - vom Ablauf der Probezeit bezahlbar. Von dem Ablauf der Probezeit bis zum Ausgange für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 20. - und für die 10 Pathé-Doppelplatten 2 Mark 20 Pf. - vom Ablauf der Probezeit bezahlbar.

Vor- und Zurückname: _____
Beruf: _____ Ort u. Datum: _____
Straße - Platz - Nr. _____

Westfälischer Schnupftabak
stets frisch, bei **Moritz Gabriel**
Große Zwingerstr. 9
Ecke Reimnerstraße und Brunner Straße 6.

Heldebeerwein . . . a Liter 58 Pf.
Heidelbeer- u. Apfelwein a Str. 48 Pf.
Johannbeerwein . . . a Liter 72 Pf.
Kirschwein . . . a Liter 65 Pf.
Erbeerwein . . . a Liter 80 Pf.
in 5- u. 10-Liter-Flaschen frei Haus
oder 15 Liter frei Station
bei 50 Liter 10 Prozent Rabatt.
Eichler, Coiffa, strasse 27.

Neue und getragene Herren- und Damen-Kleider
kaufen Sie nachwählig am billigsten nur im **L. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin**
Töpferstrasse 1, I. Et.
Mitgl. d. A.-B.-B. Solidarität.

Rüchenschränke
besonders preiswert
Tränkner, Görlitzer Str. 21
12 Kabinett-Photographien von 3 W.
an liefert
Photograph Herr. Jähmig
Karlstrasse Nr. 12
im Hause von Weigel & Sech.

Puppen, Spielware
fam. Weihnachts-Geschenkartikel, Steinporzellan-, Emaille-, Aluminium-Waren
unermesslicher Auswahl empfiehlt
Emil Fuhrmann, Deuben, Dresdener Str. 10
Ecke Carolinestraße

Schnee-Stoff
zur Schaufelherstellung, blendend weiß mit feiner Färbung
Länge, ca. 80-160 cm breit, per Meter 1,20 u. 2,40

Flimmer-Watte in Tafeln, das Stück 50 Pf., Größe ca. 60-120 cm, zweiseitige Färbung - Auflage zum teil

Imprägnierte schneeweiße Watte
vollst. flammensicher, 100-gr-Paket 30 Pf., 1 kg 2,50

Sämtliche Watte zu industriellen u. Krankengut-Spez.: **Verbandswatte u. Schafwolle**

Zellulose, gebleicht u. farbig, m 25 Pf., kg b. 90 Pf.
Ca. 500 Dtzd. Kinderwagen- u. Puppendecken, Hand- und Maschinenarbeit, in allen Größen u. Farben, Carin und Atlas, von 25 Pf. bis 4,50 M.

Anfertigen v. Steppdecken aus Wolle
abföhren. Bester Ersatz für Daunendecken. Nur Spitzenarbeit. Von 6,00 M. an.

Ferd. Ed. Hänel, Waff- u. Steppdeckenfabrik
Mühlgäßchen 4, Kanalgrasse I u. II, Bielschloßstr. 10, I.
Begründet 1863 Relsowitzer Str. 17 Bismarckstr. 10

Dentist Carl Schlegel
Dresden - A., Seestr. 1
vordem 16 Jahre: Wallstr. 1
Ab 1. Oktober: König-Johann-Straße 10.

Sinnige Weihnachtsgabe. Gratis!
fertigen ein hochfein gemaltes **Semi-Emaillebild** für Großchen, Medallions usw. bei Kauf einer Fassung. Bringen Sie eine Photographie.
Faust u. Beyer, Pirnaischer Platz im Kaiserpalast

Nur Breite Str. 12" (Ueber den Winzerstube)
kauft man Anzüge, von Herrschallert wenig getragen, von 8 M. an, getragen **Uister und Paletots** von 6 M. an, **Jackets und Hosen** von 2 M. an, **Gummimäntel u. Wetter-Pelerinen, Winterjoppen** für Herren, **Burichen- und Kinder**, sehr neu und geotr. **Schuhwerk** in allen Größen sehr preiswert, **Fracks u. Gehrocke** werden billigst vertieft und verkauft.
Stunden von anwärts Fahrtvergütung.
Bitte genau auf Nummer und auf Schilder dunkelrot zu achten.
Nur Wahler, Dresden-A., Breite Strasse
Zur billigen 12. II.

Einen Anzug umsonst

Maner wir Ihnen nicht geben, jedoch erhält jeder Kunde bei Einkauf von 20.- an

„Freie Fahrt hin und zurück“ vergütet.

Besonders empfehlenswert:

Monats-Garderoben
das sind wenig getragene Anzüge, Uister und Paletots, zum Teil auf Seide gearbeitet
v. 10.- 12.- 15.- 18.- 20.- 22.- usw.

Frack- und Gesellschafts-Anzüge vertieft von 20.- an.

Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.
26 Dresden, Prager Strasse 26 nur Laden.

Hefste
an Herren- und Knabenkleidern, Kostüme, Hüte sind spottbillig zu verkaufen.
Gorbitz, Neunimptscher Straße 4,
Rühe der Apfelweinschänke.

Spielwaren Puppenklinik und Puppenlager

A. Schmidt
Dresden, Annenstrasse 1
gegenüber der Post (kein Laden).
Größtes Lager Dresdens
H. Gelenk- u. Charakterpuppen
Köpfe und Lederpuppen
Garderobe eigenes Fabrikat
Hüte, Perücken u. a. m. - Reparaturen baldigst erledigt